

VI. Unterwegs zu einem neuen Politikbegriff?

1. „Atomwaffen Nein – Volksbefragung Ja“

Der Streit um die Nachrüstung verwandelte die SPD. Er entfremdete die Mitglieder und stellte den innerparteilichen Zusammenhalt auf die Probe. Er transformierte das Denken derjenigen, die sich zur SPD bekannten, weil er ihre Vorstellungen auf den Kopf stellte, die aus der traditionsreichen Parteigeschichte kamen. Das betraf zunächst das Ordnungssystem des Kalten Krieges. Seine Erosion war der Grund, warum die Partei überhaupt mit der Nachrüstung haderte. Weil der Kalte Krieg als Erklärungsmodell ausgedient hatte, bestimmte die SPD auch ihren Begriff des Politischen neu. Denn nun ließ das Denken in binären Gegensätzen nach, verschwamm die Grenze zwischen Partei und Gesellschaft. Die SPD erschien selbst vielen ihrer Mitglieder als überkommen. Die neuen sozialen Bewegungen waren attraktiver. Mit ihrem amorphen Charakter, ihren unverbindlicheren Teilnahmemöglichkeiten und ihrem dezentralen Politikbegriff verschoben sie bald zentrale Achsen des sozialdemokratischen Weltbildes. Sollte die SPD ebenfalls die Demokratisierung des parlamentarisch-repräsentativen Systems fordern? Konnte sie sich für Plebiszite aussprechen? Darüber entbrannte von 1982 bis 1984 ein heftiger Konflikt in jener Partei, der Kurt Klotzbach den Namen „Staatspartei“ gegeben hatte.¹ Wenn sich die „Staatspartei“ über die Legitimität der staatlichen Institutionen zerstritt, dann musste dies Folgen für ihr Selbstbild haben.²

Für Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, die sich in der Friedensbewegung engagierten, stand fest, dass der Bundestag mit seiner schwarz-gelben Koalitionsmehrheit den Bevölkerungswillen missachtete.³ Als das Parlament am 21. und 22. November 1983 die Nachrüstung debattierte und ihr schließlich zustimmte, versammelten sich in Bonn Aktivisten, um mit Mahnwachen, Schweigekreisen, lautstarken Protestmärschen, Fackelzügen und Kundgebungen darauf aufmerksam zu machen, dass die Volksvertreter nicht im Sinne der Bevölkerung handelten.⁴ Einfache SPD-Mitglieder beschuldigten die Abgeordneten der CDU/CSU und FDP, die Mehrheitsmeinung im Land zu übergehen. Damit radikalisierten sie die Art und Weise, wie ihre Fraktion gegen die Raketen argumentierte – sie widersprachen ihr aber nicht. Denn die Mehrzahl der SPD-Abgeordneten stimmte gegen die Nachrüstung und verlangte, dass die Koalition den Massenprotest ernst nahm. Die Demonstrationen überall im Land taugten für sie als Argument, das zeigen sollte, wie isoliert die Bundesregierung gesellschaftlich war.⁵

¹ Klotzbach: Staatspartei; bereits Narr u. a.: Staatspartei. Glotz schrieb dazu „Die Sozialdemokraten haben diesen Staat mitgeschaffen; sie haben gar nichts dagegen, als ‚Staatspartei‘ bezeichnet zu werden, wenn man ihnen nicht abspricht, auch Gesellschaftspartei zu sein“. Glotz: Widerstand, S. 14.

² Vgl. zu diesen Debatten kontextualisierend Conway: Democracy.

³ Dazu Wirsching: Abschied, S. 98–103.

⁴ Vgl. Koordinationsausschuß der Friedensbewegung: Beschluß, 14. 11. 1983, AdsD, Bestand IFIAS, 81.

⁵ Vgl. Koordinationsausschuß der Friedensbewegung: Presseerklärung: Bilanz der Aktionswoche: Der Bundesregierung bricht die Gesellschaft weg. Bundesregierung hält an undemokratischen Verhaltensweisen gegenüber der Friedensbewegung fest, 24. 10. 1983, AdsD, Bestand IFIAS, 79; auch B. Fischer: Bevölkerungsmehrheit, S. 83f.

Bereits am 20. November hatte in der Hauptstadt das sogenannte „Parlament der Mehrheit“ getagt.⁶ Die Friedensbewegung wollte mit dieser Aktion zeigen, dass „in einer zentralen Frage die ‚Volksvertretung‘ gegen das eigene Volk“ entschied.⁷ Auch Sozialdemokraten nahmen dort ihre Sitze ein, wo sich Vertreter aller Wahlkreise, Friedensgruppen und gesellschaftlichen Großorganisationen versammelten.⁸ Die Demonstrationen der Friedensbewegung hätten eindrucksvoll gezeigt, begründete der Koordinationsausschuss die Aktion, „daß die große Mehrheit der Bevölkerung die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in unserem Land ablehnt“.⁹ Die entscheidenden Sätze der Deklaration, auf die sich das „Parlament der Mehrheit“ nach fünfstündiger Beratung einigte, lauteten:

„Eine Mehrheit der Bevölkerung lehnt diese Stationierung ab. Gegen diese Mehrheit fällt der Bundestag mit dem Beschluß der Stationierung eine Fehlentscheidung von historischer Tragweite. [...] Wir erkennen einen solchen Beschluß des Deutschen Bundestages nicht an. Wir bestreiten der Bundesregierung das Recht, in einer derart existentiellen Frage die Bevölkerungsmehrheit einfach zu übergehen.“¹⁰

Das „Parlament der Mehrheit“ hielt es also für gesichert, dass die Koalitionsfraktionen im Bundestag nicht die Meinung der Bevölkerung repräsentierten. In seiner Lesart bedeutete dies umgekehrt, dass in der Mehrheit war, wer auf der Straße protestierte. Schon auf dem Hamburger Kirchentag im Sommer 1981 hatten die Besucher skandiert: „Achtung, Achtung, hier sprechen die Massen – Schmidt und Apel sind entlassen“.¹¹ Und als die Demonstranten auf der Bonner Hofgartenwiese ihre Kundgebung als „Volksversammlung“ betitelten, war dies eine sprachpolitische Ausgrenzung von Andersdenkenden.¹² Hier traf sich „das Volk“, während in Regierung und Parlament zwar demokratisch gewählte, aber nicht mehrheitlich legitimierte Politiker saßen.¹³ Die Friedensbewegung sei „eine Konsequenz der Souveränität des Volkes über den Staat“, schrieb Ulrich Frey von der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden in „Die Neue Gesellschaft“.¹⁴ Es gehe ihr darum, „Entscheidungsprozesse weiter zu demokratisieren“.¹⁵ Die Partizipationsforderung resultierte daraus, dass für etliche Zeitgenossen die Einteilung der Welt in polare Gegensätze nicht mehr gültig war. Politische Verantwortung an eine Seite zu delegieren, war ihnen nicht länger zeitgemäß. Gerade in den siebziger und achtziger Jahren wurde offenkundig, dass

⁶ Koordinationsausschuss: Einladung zur konstituierenden Sitzung des „Parlaments der Mehrheit“, am Sonntag, dem 20. 11., von 14.00–18.00 Uhr in der Aula des Beethoven-Gymnasiums, Adenauerallee in Bonn, undatiert, AdsD, Bestand IFIAS, 80.

⁷ Koordinationsausschuss der Friedensbewegung: [Rundbrief „Parlament der Mehrheit“], 11. 11. 1983, S. 1, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9609.

⁸ Karin Junker, die für die ASF im Koordinationsausschuss mitarbeitete, hatte die SPD-Frauen explizit mit einem feministischen Argument nach Bonn eingeladen, „denn die Mehrheit der Bevölkerung besteht bekanntlich aus Frauen!“. Karin Junker an den ASF-Bezirksvorstand Niederrhein, 15. 11. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9609.

⁹ Koordinationsausschuss der Friedensbewegung: [Rundbrief „Parlament der Mehrheit“], 11. 11. 1983, S. 1, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9609.

¹⁰ „Bonner Deklaration“ des „Parlaments der Mehrheit“, 20. 11. 1983, AdsD, Bestand IFIAS, 80.

¹¹ Zit. nach Balistier: Straßenprotest, S. 141.

¹² Vgl. ebenda, S. 140.

¹³ Vgl. auch: Wann wählt sich die Bundesregierung ein anderes Volk?/Jeden Tag neue Dreistigkeiten der Rechtskoalition im Umgang mit der Raketenstationierung. Pressemitteilung Nr. 454/83, 28. 10. 1983, AGG, Bestand F.4.2, Pressemitteilung BT-Fraktion, 5.

¹⁴ Ulrich Frey: Erfahrungen der Friedensbewegung mit dem Staat Bundesrepublik Deutschland, in: *Die Neue Gesellschaft* 31 (1984), S. 30–38, hier S. 30.

¹⁵ Ebenda, S. 37.

viele Menschen mitentscheiden wollten und das Entweder-Oder des binären Denkens für unangemessen hielten.

Auch SPD-Mitglieder eigneten sich, sofern sie nachrüstungskritisch eingestellt waren, diesen Denkstil an. Die Bundestagsabgeordnete Herta Däubler-Gmelin schrieb im Sommer 1983, dass „die Hälfte der Bevölkerung“ gegen die Nachrüstung sei.¹⁶ „Jede Regierung, jedes Parlament“ müsse dem Rechnung tragen. Es „wäre mehr als problematisch, diese Raketen ohne Zustimmung der Bevölkerung, ja gegen ihren Willen zu stationieren“. Däubler-Gmelin verneinte, dass die Volksvertreter für das Volk sprachen, und tat damit einen geschickten Schachzug in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Es war nun an CDU/CSU und FDP, das Massenphänomen der Demonstranten schlüssig zu erklären. Das war eine systemimmanente Denkfigur. Däubler-Gmelin stellte nicht den Grundsatz der Mehrheitsentscheidung in Abrede; vielmehr bezweifelte sie ihre Angemessenheit in Grenzfällen, wenn die Folgen unumkehrbar seien. Ähnliche Äußerungen kamen aus der Friedensbewegung. Die Spitzenfrau der Grünen Petra Kelly behauptete, dass parlamentarische Mehrheiten „an moralische Grenzen“ stießen.¹⁷ Denn „staatliche Macht ist relativ“, und Loyalität habe „dort ihre Grenze, wo die Gemeinschaft aufs Spiel gesetzt und gefährdet wird“. Parlamentarische Entscheidungen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten, dürften nicht gefällt werden, indem die Abgeordneten das Volk überstimmten.¹⁸ Bei Kelly war nicht nur die Rede davon, dass der Bundestag die Bevölkerung übergang, sondern dass er ihre Existenz gefährdete. Sie argumentierte, dass das Parlament damit im Ergebnis auch das demokratische Gemeinwesen bedrohe. Die Friedensbewegung und die Kritik in der SPD waren der Ausdruck eines verlorengegangenen Vertrauens in die Sicherheitsfunktion des Staates.¹⁹

Nicht selten verband sich das Nachdenken darüber, ob eine Mehrheitsentscheidung in Fragen von Leben und Tod zu rechtfertigen war, mit dem Rückzug auf das persönliche Gewissen. Eine Friedensaktivistin verlangte in einer Zuschrift an alle Abgeordneten des Bundestages, die kurz vor der Stationierungsdebatte im November 1983 dort eintraf, dass über die Stationierung nur entschieden werden dürfe, nachdem alle Volksvertreter ihr Gewissen befragt hätten.²⁰ Dass jeder Mensch zur gleichen Einsicht kommen müsse, wenn er auf sein Gewissen höre und sich frei von äußeren Zwängen mache, behaupteten Friedensaktivisten und -aktivistinnen häufig. Sie essentialisierten damit eine politische Streitfrage, indem sie sie aus dem Bereich des politisch Verhandelbaren auf eine Ebene hoben, in der es nur noch richtig und falsch gab; aus Meinungen wurden so Gewissheiten und Ansichten entpuppten sich als Wahrheiten. Dem rechten Parteiflügel behagte dieser Gedanke nicht. Peter Glotz warnte „davor, zu schnell aus der Politik ins Gewissen zu retirieren und die Gewissensfreiheit als Grundrecht zu verstehen, das alle anderen Grundrechte aushebelt“.²¹

Die Kritik an der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie kann nur verstehen, wer sie in die zeitgenössische Krisenerfahrung einbettet.²² Seit Mitte der siebziger Jahre

¹⁶ Däubler-Gmelin: Volksbefragung, S. 18.

¹⁷ Zit. nach Wirsching: Abschied, S. 99.

¹⁸ So Guggenberger: Macht.

¹⁹ Vgl. auch Metzler: Staatsversagen, S. 251.

²⁰ Katja L. an die Mitglieder des Deutschen Bundestages [22. 11. 1983], AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11184.

²¹ Glotz: Widerstand, S. 15.

²² Dazu ausführlich Metzler: Krisenbewusstsein, S. 151f., 154f.; Mende: Parlamentarismuskritik, S. 31; Gassert: Lärm, S. 182–187.

war vielen Menschen der ökonomische und technologische Fortschritt zweifelhaft geworden. Angst vor der Zukunft griff um sich, und die westlichen Industriegesellschaften sahen sich selbst an die „Grenzen des Wachstums“ stoßen.²³ Krisendiagnosen und -szenarien beherrschten die wissenschaftliche und politische Debatte und machten auch vor dem Politischen nicht Halt. Nachdem Vertreter des konservativen Spektrums schon in den frühen siebziger Jahren angenommen hatten, dass gesellschaftliche Entwicklungen nicht mehr steuerbar und staatliches Handeln nicht mehr planbar sei,²⁴ problematisierten nun auch die Regierten das System, in dem sie lebten.²⁵ Die zahllosen örtlichen Bürgerinitiativen, die sich ab 1974/75 gebildet hatten, übten meist Kritik an einer spezifischen Verwaltungsentscheidung.²⁶ Mehr noch als im Konflikt um die friedliche Nutzung der Kernenergie zielte diese Kritik in den achtziger Jahren nun auch auf das staatliche Handeln. Die Zielscheibe der Friedensbewegung war nicht der Staat an sich, sondern „das Repräsentativprinzip des Bonner Parlamentarismus, dessen Mehrheitsregel den zeitgenössischen Herausforderungen nicht mehr angemessen zu sein schien“.²⁷ Der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker diagnostizierte bereits 1976 ein „Versagen der Demokratie“,²⁸ der Jurist Rudolf Wassermann fragte 1983, ob „die klassische Demokratie überholt“ sei,²⁹ und der Theologe Wolfgang Huber dachte im gleichen Jahr über die „Grenzen des Staats“ nach.³⁰ Die Soziologen Bernd Guggenberger und Claus Offe veröffentlichten 1984 einen einflussreichen Sammelband über die „Grenzen der Mehrheitsdemokratie“ und betonten darin, dass das Mehrheitsprinzip „eine notwendige, keineswegs jedoch bereits die hinreichende Bedingung für Demokratie“ sei.³¹ In dem Fall nämlich, wenn die „staatliche Überlebensgarantie“ infrage gestellt werde, sei „gleichsam der *Hobbes'sche* Naturzustand wiederhergestellt“.³² Die Loyalitätspflicht des Bürgers gegenüber dem Gemeinwesen werde gelockert, wenn der staatliche Souverän den inneren und äußeren Frieden nicht mehr garantieren könnte. Dass einen solchen Zustand festzustellen durchaus im subjektiven Ermessen des Bürgers lag – daran ließen sie keinen Zweifel. Man könne mit Recht fragen, so schrieb 1983 auch der Philosoph Jürgen Habermas, „ob sicherheitspolitische Grundsatzentscheidungen, die mit eminenten Risiken verbunden sind und tief in das Leben jedes einzelnen, sogar in die Überlebenschancen ganzer Völker eingreifen, von der dünnen Legitimationsdecke einer einfachen Bundestagsmehrheit“ noch gedeckt seien.³³ Kurzum, die parlamentarisch-repräsentative Demokratie funktionierte für ihre Kritiker nur so lange, wie die Mehrheit keine „irreversiblen Entscheidungen“ traf.³⁴

Wenn die Abgeordneten der schwarz-gelben Koalition nicht mehr den Willen der Bevölkerung verkörperten, musste die Friedensbewegung gemeinsam mit SPD und Grünen nach anderen Wegen suchen, wie sie die Nachrüstung verhindern konnte. Als Ausweg

²³ Meadows: Limits; Hünemörder: Cassandra; Seefried: Zukünfte, S. 255–292.

²⁴ Vgl. Metzler: Konzeptionen; Metzler: Staatsversagen; Ruck: Sommer.

²⁵ Vgl. Mende: Gründungsgrüne, S. 352–363; auch Mende: Parlamentarismuskritik.

²⁶ Vgl. Mende: Parlamentarismuskritik, S. 32.

²⁷ Ebenda, S. 34; Ruck: Tanker, S. 258–260.

²⁸ Weizsäcker: Wege, S. 16.

²⁹ Wassermann: Demokratie.

³⁰ Huber: Grenzen.

³¹ Guggenberger/Offe: Basis, S. 12; Offe: Legitimation; Guggenberger: Mehrheitsdemokratie.

³² Guggenberger/Offe: Basis, S. 13. Hervorhebung im Original.

³³ Habermas: Ungehorsam, S. 47.

³⁴ Ebenda, S. 50.

schälte sich die Idee zu einer Volksabstimmung oder einem Referendum heraus.³⁵ Dieser Vorschlag, der innerhalb von christlichen Friedensgruppen im Herbst 1982 entwickelt worden war, gelangte rasch in die SPD. Es war Helmut Simon, sozialdemokratischer Richter beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe und zugleich Mitglied des EKD-Präsidiums, der ihn in der Hauptstadt popularisierte.³⁶ Im Gespräch mit dem SPD-Abrüstungsspezialisten Egon Bahr nach dem Regierungswechsel 1982 lockte er die Sozialdemokraten, sich der Referendumsidee anzuschließen. Er bezeichnete es als möglich, dass das Bundesverfassungsgericht eine Volksbefragung unterstützen würde.³⁷ Damit rannte er offene Türen ein. Bahr erhoffte sich viel von der Idee, denn dass dem Plebiszit „von einem so hervorragenden Verfassungsjuristen Chancen eingeräumt werden, erscheint mir, nachdem ich zweimal darüber geschlafen habe, als eine große Erleichterung. Es könnte uns viel ersparen“.³⁸ An eine solche Lösung des Raketenstreits habe er „nicht im Traum gedacht“. Andere Sozialdemokraten reagierten nüchterner auf den Vorschlag, und der Parteivorstand lehnte es im November 1982 ab, sich der Forderung nach einem Referendum anzuschließen.³⁹

Dass die SPD die Initiative zu einer Volksbefragung aus der Hand gab, brachte ihr Dilemma einmal mehr auf den Punkt. Als Partei, die ihren Aufstieg und ihre Erfolge bei den Reichstagswahlen Ende des 19. Jahrhunderts vor allem der parlamentarischen Demokratie verdankte und in der Weimarer und Bonner Republik über Jahre hinweg Regierungsverantwortung getragen hatte, als Partei also, die mit den Institutionen der Bundesrepublik personell verwoben war und sich als „Staatspartei“ begriff, fiel es ihr erkennbar schwer, die Kritik an den parlamentarischen Mechanismen in ihre Gedankenwelt zu integrieren. Demgegenüber hatte sie sich historisch stets der Durchsetzung von Mitbestimmung und Partizipation verpflichtet gefühlt und war empfänglich für das Anliegen des Protests.⁴⁰ Weil nun in den achtziger Jahren eine außerparlamentarische Bewegung die Bühne betrat und am Politischen teilhaben wollte, befand sich die Sozialdemokratie in einer Zwickmühle. Sie ahnte, dass die Kritik auch auf sie zielte, und wusste gleichzeitig, wie verwandt die Teilhabeforderung ihrem eigenen ideellen Erbe war.⁴¹

In der Friedensbewegung wurde die Referendumsidee 1983 immer beliebter.⁴² In einem Aufruf „Atomwaffen – Nein! Volksbefragung – JA!“ vom Juli 1983 hieß es, Meinungsumfragen hätten gezeigt, „daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung neuer Atomwaffen“ sei.⁴³ Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik habe es „so

³⁵ Vgl. dazu Wirsching: Abschied, S. 99, Anm. 254.

³⁶ Exemplarisch H. Simon an Friedrich Vogel, 22. 11. 1982, S. 2, AdsD, WBA, A11.3, 49; H. Simon: Verfassungspolitik.

³⁷ So berichtete Bahr an Brandt, 23. 11. 1982, S. 3, AdsD, WBA, A11.3, 49.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Vgl. Mirow an Brandt, 30. 11. 1982, S. 1, AdsD, WBA, A11.3, 49.

⁴⁰ Vgl. Glotz: Staat, S. 480f.

⁴¹ Die SPD habe nun Gelegenheit zu zeigen, was von ihrem Anspruch „Mehr Demokratie wagen“ übrig geblieben sei, hieß es in einem Aufruf. Prüfstein für's Parlament. Friedensbewegung legt Gesetzentwurf zur Volksbefragung vor, in: Kampagne Volksbefragung – Info Nr. 3, Oktober 1983, S. 3, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11255.

⁴² Vgl. Friedensbewegung will nicht lockerlassen. Volksbefragung zur Raketenstationierung soll zur zentralen Forderung werden, in: *Süddeutsche Zeitung*, 25. 10. 1983.

⁴³ Koordinationsausschuss der Friedensbewegung: Rundbrief, Nr. 1, 1. 7. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135.

klare Umfrageergebnisse“ gegeben.⁴⁴ Es sei nicht zu leugnen, argumentierte der Koordinationsausschuss, dass die überwältigende Mehrheit der Deutschen die Raketen nicht wolle. Deshalb schlage die Friedensbewegung vor, „den Konflikt um die Raketenstationierung auf die einfachste, ur-demokratische Weise zu lösen: Es soll festgestellt werden, ob die Mehrheit dafür oder dagegen ist.“⁴⁵ Die Argumentation des Koordinationsausschusses war demokratietheoretischer Natur. Eine Volksbefragung sei das notwendige Korrektiv zum Parlamentarismus, hieß es: „In den Überlebensfragen des Atomzeitalters müssen neue Formen demokratischer Entscheidungsprozesse gefunden und praktiziert werden.“ Eine Volksbefragung sei „die notwendige Ergänzung des bestehenden repräsentativen Systems“.⁴⁶ Die Friedensbewegung forderte nicht, dass für die Gesetzgebung von nun an nicht mehr das Parlament, sondern das Volk zuständig sein sollte. Sie verlangte aber, in Fragen angehört zu werden, die sie als existenziell empfand. Denn die repräsentative Demokratie stoße im Atomzeitalter „an die Grenzen ihrer Legitimationsfähigkeit“.⁴⁷

Zunächst konzentrierte sich die Friedensbewegung darauf, Unterschriften für ein Volksbefragungsgesetz zu sammeln.⁴⁸ Im September 1983 stellte der Koordinationsausschuss einen Gesetzentwurf vor.⁴⁹ Während Sozialdemokraten noch darüber stritten, ob sie ein eigenes Gesetz vorlegen sollten, schufen die Grünen Fakten.⁵⁰ Sie brachten den Entwurf der Friedensbewegung beinahe unverändert in das parlamentarische Verfahren ein, wo er an den Mehrheitsverhältnissen scheiterte.⁵¹ Daraufhin entschloss sich die Friedensbewegung, eine selbstorganisierte Volksbefragung durchzuführen.⁵² Die SPD war gespalten, ob sie den Gesetzentwurf der Grünen und das Referendum des Koordinationsausschusses unterstützen sollte.⁵³ Der SPD-Vorsitzende Brandt sagte, die SPD könne nicht kurzfristig über die Einführung zusätzlicher plebiszitärer Elemente in die Verfassung entscheiden.⁵⁴

⁴⁴ Die Mehrheit sind wir! Wir fordern eine Volksbefragung: Keine neuen Atomraketen in unser Land!, in: Kampagne Volksbefragung, Info Nr. 1, Juli 1983, S. 1, AdsD, Bestand AGDF, 9.

⁴⁵ Ebenda, S. 3.

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Ebenda, S. 12.

⁴⁸ Siehe Koordinationsausschuss der Friedensbewegung: Kampagne Volksbefragung – Grundsätze, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7642. Die Volksbefragung sollte „auf der unmißverständlichen und klaren Fragestellung beruhen: ‚Ich lehne die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles) auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ab Ja/Nein‘“. Koordinationsausschuss der Friedensbewegung: Kampagne Volksbefragung [1983], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9609.

⁴⁹ Koordinationsausschuss der Friedensbewegung/Kampagne Volksbefragung an die Mitglieder des Deutschen Bundestages, 29. 9. 1983, in: Kampagne Volksbefragung – Info Nr. 3, Oktober 1983, S. 4f., AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11255.

⁵⁰ Protokoll der Fraktionssitzung vom 8. 11. 1983 in Bonn, 14. 11. 1983, S. 6, AdsD, 2/BTFJ000016; Die Grünen im Bundestag: Organklage gegen die Raketenstationierung, Pressemitteilung, 18. 11. 1983, AdsD, Bestand IFIAS, 80.

⁵¹ Gesetzentwurf der Grünen im Bundestag zu einer konsultativen Volksbefragung, Pressemitteilung Nr. 142/83, 8. 6. 1983, AGG, Bestand F.4.2, Pressemitteilung BT-Fraktion, 1; Wirsching: Abschied, S. 100.

⁵² Koordinationsausschuß der Friedensbewegung: Leitfaden zur Organisation der Kampagne Volksbefragung '84 [1984], AdsD, Bestand IFIAS, 146; Ja zum Frieden! Keine Pershing II und Cruise Missiles. Volksbefragungen am 17. 6. 1984, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11174.

⁵³ Entsprechende Wünsche trug Josef Leinen an den Parteivorstand heran, dazu Glotz an Volker Riegger/Biermann, 30. 11. 1983, AdsD, 2/PVEH000477.

⁵⁴ In den Debatten um die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen in den späten fünfziger Jahren („Kampf-dem-Atomtod“) hatte die SPD-Spitze das Instrument der Volksbefragung jedoch noch für sinnvoll gehalten.

Diese Fragen seien grundsätzlicher Natur und müssten „unabhängig vom aktuellen Fall beraten und entschieden werden“.⁵⁵ Dagegen ermutigte der IFIAS-Geschäftsführer Biermann die Parteispitze, sich zur Volksbefragung zu bekennen.⁵⁶ Als der Koordinationsausschuss schließlich beschloss, das Referendum parallel zur Europawahl am 17. Juni 1984 abzuhalten, deutete Biermann an, dass die SPD eigene Wähler mobilisieren würde, wenn sie zu einer Beteiligung aufrufe.⁵⁷ Und in der Tat wuchs das Interesse vieler Ortsvereine an der Volksbefragung 1983 stetig: Etliche nachrüstungskritische SPD-Mitglieder machten sich die Referendums-idee zu eigen.⁵⁸ Selbst aus den Gewerkschaften kamen entsprechende Initiativen.⁵⁹ Hocharrangige Protagonisten der Friedensbewegung wie Josef Leinen sahen sie nun fast schon als „sozialdemokratische Aktion“.⁶⁰ Zwar erklärte Brandt seine persönlichen Sympathien für das Referendum,⁶¹ aber das Präsidium blieb in zwei Lager geteilt.⁶² Trotzdem erstellte das Erich-Ollenhauer-Haus umfangreiche Dossiers darüber, wie Gliederungen das Referendum unterstützen konnten.⁶³

Für die SPD war die Volksbefragung vor allem ein Instrument in der Auseinandersetzung mit der Kohl-Regierung. Würde sich eine Mehrheit gegen die Stationierung aussprechen, geriete die Koalition in Rechtfertigungsnot und müsse die schon hergeschafften Raketen wieder abziehen, hoffte die SPD.⁶⁴ Am 17. Juni 1984 votierten schließlich in den von Friedensinitiativen durchgeführten, nicht geheimen Befragungen vor den Europawahllokalen 87 Prozent gegen die Nachrüstung.⁶⁵ Dieses Ergebnis zeige, wie der „Vorwärts“ jubelte, dass „eine deutliche Mehrheit“ auch nach Stationierungsbeginn „die fortgesetzte atomare Aufrüstung“ ablehne.⁶⁶ In einem Brief an Bundeskanzler Kohl wertete

⁵⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 7. 11. 1983, S. 2, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsssekretariat, 232; auch Glotz: Widerstand, S. 15.

⁵⁶ Biermann an Brandt/Rau/Vogel: Voraussichtlich für den 17. 6. 1984 geplante „selbstorganisierte Volksbefragung“ der Friedensbewegung zur Raketenrüstung, 1. 12. 1983, S. 1, AdsD, WBA, A11.4, 110; Biermann an Glotz: Volksbefragungskampagne der Friedensbewegung, 12. 3. 1984, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11174.

⁵⁷ Biermann an Glotz: Volksbefragungskampagne der Friedensbewegung, 17. 2. 1984, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11174.

⁵⁸ Vgl. Stand der Unterstützer der Kampagne Volksbefragung, große und kleine Prominente, 1. 6. 1984, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11255.

⁵⁹ In Regensburg forderten über 200 Gewerkschafter einen Gesetzentwurf der SPD zur Durchführung einer Volksbefragung. „Wir Gewerkschafter fordern: NEIN zu Atomraketen! Für die gesetzliche Verpflichtung der Regierung, das Volk zu befragen!“, 29. 9. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13135.

⁶⁰ Leinen bat den Essener SPD-Bundesparteitag in einem offenen Brief um Unterstützung für das Referendum: Leinen an die Delegierten des SPD-Parteitages, 16. 5. 1984, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11255.

⁶¹ So Glotz an Ehmke, 20. 2. 1984, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10930; Brandt bejaht Befragung zur Rüstung, in: *Kölner Stadt-Anzeiger*, 22. 2. 1984.

⁶² Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 2. 4. 1984, S. 9, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsssekretariat, ohne Signatur.

⁶³ Rechtliche Fragen der Organisation von Volksbefragungen vor den Wahllokalen am 17. 6. 1984, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11267.

⁶⁴ Vgl. Glotz: Widerstand, S. 14.

⁶⁵ Allerdings beteiligten sich nur 58 Prozent derjenigen an der Befragung, die an diesem Tag überhaupt abstimmten. Die Beteiligung an der Europawahl betrug 61 Prozent. Vgl. Koordinationsausschuss der Friedensbewegung: Presseerklärung: Volksbefragung: Erfolg für die Friedensbewegung, 18. 6. 1984, AdsD, Bestand IFIAS, 79.

⁶⁶ Klaus Scherenberg: Eindeutige Mehrheit gegen Raketen. Volksbefragung: Eine erfolgreiche Demonstration der Friedensbewegung, in: *Vorwärts*, 28. 6. 1984, S. 8; aber auch Scherenberg: Behörden-

Biermann die Volksbefragung als großen Erfolg.⁶⁷ Dass jedoch die Europawahl, die gleichzeitig stattfand, für die SPD so wenig erfreulich ausging, registrierte das Erich-Ollenhauer-Haus ratlos.⁶⁸ Offensichtlich konnte sie den geringen Zuspruch ihrer Wähler und die Nachrüstungskritik der Bevölkerung nicht zusammendenken. Für sie war die Frage nach der Repräsentativität einer selbstorganisierten Volksbefragung falsch gestellt, und auch für die „methodischen Fallstricke der Demoskopie“ bestand kein Bewusstsein.⁶⁹

Einerseits erzählten Friedensaktivisten in und außerhalb der SPD eine Geschichte, in der die Bundestagsabgeordneten den Willen der Bevölkerung nicht repräsentierten. Andererseits berichteten sie davon, dass das Parlament und die Bundesregierung das Grundgesetz nicht ernst nähmen.⁷⁰ Die „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen“ (ASJ) war eine Gruppe in der SPD, die sich intensiv damit auseinandersetzte, ob Doppelbeschluss und Raketenstationierung verfassungsgemäß waren. Sie sah eine andere Welt als die Bundesregierung und versuchte, die etablierte Sicherheitspolitik juristisch zu delegitimieren.⁷¹ Das Grundgesetz schreibe die „Bewahrung des Friedens als Staatsziel“ fest und die Bundesrepublik sei an das Völkerrecht gebunden, das einen Gewaltverzicht beinhalte, lauteten die beiden wichtigsten Argumente der ASJ. Die SPD-Juristen schrieben schon 1982, dass die „Stationierung von Waffen, die zum atomaren ‚Erstschlag‘ ohne Zweitschlagrisiko verwendet werden können, [...] den objektiven Tatbestand einer verfassungswidrigen friedensstörenden Handlung“ erfüllen würden.⁷² Die Nachrüstung widerspreche dem Grundgesetz, weil die Pershing-II-Raketen Erstschlagwaffen seien.⁷³

Die Thesen der ASJ hatten auf Parteimitglieder eine große Wirkung.⁷⁴ Denn die Rechtswissenschaft galt als Feld, in dem wahre von falschen Aussagen klar unterscheidbar waren, und Juristen hatten den Ruf von Experten, denen die Autorität zugeschrieben wurde, objektive Tatbestände zu benennen.⁷⁵ Auch dem Erich-Ollenhauer-Haus fiel es erkennbar schwer, die juristische Argumentation zu entkräften. Die Rechtsstelle der SPD-Zentrale trat daher den geordneten Rückzug an und bemerkte in einer Notiz, dass die Argumenta-

willkür gegen die Volksbefragung. Immer mehr Gemeinden verbieten Aktionen der Friedensbewegung am 17. Juni, in: *Vorwärts*, 14. 6. 1984, S. 7.

⁶⁷ Biermann/Leinen/Ernst-Christoph Stolper an Kohl, 24. 6. 1984, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11255.

⁶⁸ Die SPD erreichte 37,4 Prozent, während die Union auf 46 Prozent kam. Die Grünen erzielten aus dem Stand 8,2 Prozent. Dazu auch Biermann an Glotz: Volksbefragungsaktion der Friedensbewegung/mögliche Relation zu Wahlergebnissen, 22. 6. 1984, AdsD, WBA, A11.4, 111.

⁶⁹ Wirsching: Abschied, S. 98.

⁷⁰ Vgl. Schregel: Recht und Protest; Stolleis: Geschichte, S. 498.

⁷¹ Dazu Albert Klütsch an Rau: Der Friedensauftrag des Grundgesetzes, 26. 10. 1982, AdsD, 1/EBAA000043; Beschlüsse der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) am 12. und 13. 6. 1982 in Kiel, undatiert, AdsD, 2/PVAD000025; veröffentlicht in SPD-Parteivorstand: ASJ-Beschlüsse.

⁷² Ebenda, S. 6. Im Original in Großbuchstaben; bereits Reinhard Voss: Stationierung rechtswidrig? SPD-Juristen verweisen auf Verbot der Kriegsvorbereitung, in: *Frankfurter Rundschau*, 28. 9. 1981.

⁷³ Vgl. dazu auch: Juristen sind aufgerufen, Perversion staatlichen Handelns entgegenzuwirken. Pressemitteilung Nr. 134/83, 2. 6. 1983, AGG, Bestand F.4.2, Pressemitteilung BT-Fraktion, 1.

⁷⁴ Siehe exemplarisch SPD-Fraktion im Stadtrat Isny/Allgäu an Bahr, 25. 3. 1985, AdsD, 1/EBAA000509.

⁷⁵ Auch Bundestagsabgeordnete wie Däubler-Gmelin beriefen sich explizit auf Verfassungsrichter Helmut Simon als Autoritätsquelle: Däubler-Gmelin: Volksbefragung, S. 19; Küchenhoff: Ziviler Ungehorsam: Probleme seiner Legalisierung gegen schwerwiegendes Unrecht, in: *Sozialdemokratischer Pressedienst*, 14. 12. 1983, S. 3-5.

tion der ASJ „ausgewogen und verfassungsrechtlich vertretbar“ sei.⁷⁶ Egon Bahr ergänzte immerhin, dass das „unbezweifelbare Friedensgebot des Grundgesetzes [...] keinen Verzicht auf das [...] Recht auf Selbstverteidigung“ beinhalte.⁷⁷ Die Argumentation der SPD-Juristen sei „gewissermaßen politischer Ermessensspielraum, auf welche Weise die Friedenspflicht am besten zu erfüllen ist“. Den Ergebnissen der ASJ setzte Bahr positivistisch die geltende Rechtsprechung entgegen: Würde die Behauptung zutreffen, dass die NATO-Strategie verfassungswidrig sei, so wäre sie längst vom Bundesverfassungsgericht verworfen worden.

Will man die zahlreichen verfassungsrechtlichen Einwände gegen die Nachrüstung systematisieren, kann man grob drei Argumente unterscheiden. Zunächst betonten die Gegner des Doppelbeschlusses analog zum Thesenpapier der ASJ von 1982, dass die Stationierung dem im Grundgesetz festgeschriebenen Friedensgebot widerspreche und der im Völkerrecht untersagten Vorbereitung eines Angriffskrieges zuwiderlaufe.⁷⁸ Mitglieder der ASJ wie Helmut Simon wiesen zweitens darauf hin, dass aus ihrer Sicht die Souveränität der Bundesrepublik durch die Stationierung infrage gestellt werde.⁷⁹ Es war der Bremer Rechtsprofessor Wolfgang Däubler, der hier die Richtung vorgab. Wenn „die Letztentscheidung über den Einsatz dieser Waffen beim amerikanischen Präsidenten“ liege, so argumentierte er, entscheide einzig er „über Leben und Tod der deutschen Bevölkerung; ob wir weiterleben oder ausgelöscht werden, hängt von seinem Knopfdruck ab“.⁸⁰ Dies sei verfassungsrechtlich höchst problematisch, denn eine „derartige Preisgabe vitaler Souveränitätsrechte ist im Grundgesetz nicht vorgesehen“. Besorgnisse über die Souveränität der Bundesrepublik waren in der gesamten SPD verbreitet.⁸¹

Wo Parteimitglieder über die Mitbestimmungsrechte der Bundesrepublik im Falle eines Atomkrieges nachdachten, diskutierten sie auch Möglichkeiten, wie ein Veto-Recht verfassungs- und völkerrechtlich verankert werden könnte.⁸² Die Deutschen müssten über ihr Territorium mitbestimmen können – das war wichtig für nachrüstungsskeptische SPD-Mitglieder.⁸³ Drittens brachten sie verfahrensrechtliche Argumente vor. Die Nachrüstung stehe

⁷⁶ AL II Rechtsstelle an Glotz: ASJ-Bundeskonferenz, 14. 6. 1982, S. 2, AdsD, 1/HJVA100305.

⁷⁷ Bahr an Rau, 3. 12. 1982, S. 1, AdsD, 1/EBAA000043.

⁷⁸ Vgl. Däubler: Grundgesetz, S. 39–78, 149–161; Däubler: Rechtswidrige Stationierung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 28 (1983), S. 1180f.; Däubler: Friedensbewegung, Widerstand und Recht, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 6 (1983), H. 20, S. 323–328, hier S. 324f.; Lutz: Sind erstschlagsfähige Nuklearwaffen verfassungswidrig?, in: *Frankfurter Hefte* 38 (1983), S. 17–28, hier S. 28; Lutz: Alternativen, S. 18. Jedoch auch Peter Glotz an Friedensinitiative co/tangens, 11. 8. 1983, und den ursprünglichen Brief an Brandt, 8. 6. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10928.

⁷⁹ Vgl. H. Simon an Wischniewski, undatiert, AdsD, 1/HWAK000038; Wirtschaftswoche-Gewerkschaftsgruppe der IG Druck und Papier an Wischniewski, 14. 11. 1983, AdsD, 1/HWAK000038; vor allem aber Däubler: Grundgesetz, S. 111–121; Glotz: Arbeit, S. 96–98. Dazu und zum Folgenden auch Küchenhoff: Widerstand.

⁸⁰ Däubler: Friedensbewegung, S. 323; pointiert auch Däubler: Grundgesetz, S. 121. Wolfgang Däubler war der Ehemann von Herta Däubler-Gmelin.

⁸¹ Dazu ein entsprechendes Papier des SPD-Kreisverbandes Böblingen, Doris Odendahl an den SPD-Parteivorstand: Stationierung amerikanischer Atomwaffen in der Bundesrepublik, 9. 11. 1981, AdsD, 2/PVAD000025.

⁸² Vgl. Karl-Heinz Klejdzinski: Was spricht gegen ein Veto über den Einsatz von Nuklear-Waffen von deutschem Boden aus?, 2. 12. 1983, AdsD, Nachlass Stobbe, 275; Krause: Atomares Veto für die Bundesrepublik?, in: *Die Neue Gesellschaft* 30 (1983), S. 957–963.

⁸³ So auch Reitz: Schreiben an die Mahnwachen-Gruppe der Evangelischen Frauen in Bremen, 18. 2. 1983, AdsD, 2/PVAD000009.

unter dem Vorbehalt des Gesetzes, betonte Däubler, und eine Zweidrittelmehrheit des Bundestages sei notwendig, damit die Stationierung erfolgen dürfe.⁸⁴ Tatsächlich war diese Frage unter Juristen umstritten. Die Koalition von CDU/CSU und FDP weigerte sich lange Zeit, die Raketenstationierung im Parlament überhaupt zur Debatte zu stellen.⁸⁵ Deshalb argwöhnte der stellvertretende ASJ-Vorsitzende Horst Isola, die Bundesregierung plane den Bruch der Verfassung, wenn sie kein Votum des Bundestages einhole.⁸⁶ Auch der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke unterstrich, dass der Bundestag das letzte Wort habe. Dieses „Erstgeburtsrecht des Parlaments“ dürfe nicht missachtet werden.⁸⁷ Doch nicht nur ausgebildete Juristen äußerten verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Implementation des Doppelbeschlusses. Auch der Schriftsteller Günter Grass formulierte in einem offenen Brief an die Mitglieder des Bundestages 1983 juristische Einwände.⁸⁸

Wer sich gegen die Stationierung wehrte, sah sich sprichwörtlich im Recht. Er meinte seinen Widerstand gegen die Raketen in einem besonderen Maße legitimiert, weil er das Grundgesetz verteidigte.⁸⁹ Und mehr als das: Wer gegen die Nachrüstung verfassungsrechtlich anging, zeigte, dass er bereit war, die Kontroverse systemimmanent auszutragen. Es lag in der Logik der Kritik, dass diejenigen, die sie vorbrachten, über eine Klage beim Bundesverfassungsgericht nachdachten.⁹⁰ Isola sammelte beim Bremer Senat und beim örtlichen SPD-Vorstand 1982 Unterstützer für einen solchen Schritt.⁹¹ Auch um Martin Diem, einen Oberlandesanwalt, der eine Verfassungsklage vorbereitete, scharte sich 1983 ein Kern von Nachrüstungsgegnern.⁹² In der Fraktion setzte sich 1984 nicht zuletzt Peter Paterna mit großer Hartnäckigkeit für den Weg nach Karlsruhe ein.⁹³ Doch die Parteiführung wollte von einem solchen Schritt nichts hören. Es sei falsch, so schrieb Bahr 1983, „eine eminent politische Frage auf Richter ‚abzuwälzen‘.“⁹⁴ Ehmke spitzte zu, dass die

⁸⁴ Däubler: Grundgesetz, S. 124–147.

⁸⁵ Hans A. Engelhard an die Mitglieder des Deutschen Bundestages: Verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Fragen der Nachrüstung, 17. 11. 1983, AdSD, WBA, A10.1 Rosen, 188.

⁸⁶ Isola: Bundesregierung plant Bruch der Verfassung. Raketenstationierung bedarf einer Zweidrittelmehrheit, in: *Sozialdemokratischer Pressedienst*, 17. 8. 1983, S. 1–3.

⁸⁷ Horst Ehmke: [Interview mit der Nachrichtenagentur AP zur Verfassungsmäßigkeit der Raketenstationierung], August 1983, S. 1, AdSD, 1/HEAA000695.

⁸⁸ Grass an die Mitglieder des Deutschen Bundestages, November 1983, S. 1, AdSD, WBA, A10.1 Rosen, 188.

⁸⁹ So auch Däubler: [Statement vor der „Volksversammlung für den Frieden“ am 22. 10. 1983 im Bonner Hofgarten], undatiert, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7622; dieser Gedanke findet sich ausführlicher in Däubler: Friedensbewegung, S. 325.

⁹⁰ Zu den gerichtlichen Verfahren um die Nachrüstung Offenloch: Recht; Böttcher: Nötigung.

⁹¹ Isola an den Vorstand der SPD Bremen, 17. 9. 1982, AdSD, WBA, A10.1 Rosen, 187; dazu „Pershing II gesetzwidrig“. Sozialdemokratische Juristen: Senat soll Bundesverfassungsgericht anrufen, in: *Bremer Nachrichten*, 23. 9. 1982.

⁹² Diem an Albertz, 23. 4. 1983, und die Antwort vom 6. 5. 1983, AdSD, 1/HAAA000090; erneut Diem an Albertz, 21. 7. 1983, AdSD, 1/HAAA000092; schließlich Diem an das Bundesverfassungsgericht, Verfassungsbeschwerde gegen die Aufrüstung mit Raketen des Typs Pershing II und mit Marschflugkörpern (Cruise-Missiles), 13. 7. 1983, ebenda.

⁹³ Paterna an Ehmke, 24. 1. 1984, S. 2, AdSD, 1/HEAA000658. – Die Grünen im Bundestag reichten im Herbst 1983 Organklage in Karlsruhe ein. Organklage gegen die Raketenstationierung. Pressemitteilung Nr. 486/83, 18. 11. 1983, AGG, Bestand F.4.2, Pressemitteilung BT-Fraktion, 5. Erwartungsgemäß wiesen die Richter die Klage ab. Küchenhoff: Ziviler Ungehorsam ist möglich und geboten. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts ist noch keine Feststellung über die Rechtmäßigkeit der Stationierung, in: *Vorwärts*, 8. 3. 1984, S. 21.

⁹⁴ Bahr an Wieland Hempel, 10. 11. 1983, AdSD, 1/EBAA000575.

Weltgeschichte kein Amtsgericht sei.⁹⁵ Selbst Biermann sah „wenig Zweck“ darin, „sich allzusehr auf juristische Argumentationen einzulassen“, denn es gebe „unter Juristen immer eine Minderheits- und Mehrheitsmeinung“.⁹⁶

In der Nachrüstungsdebatte sprachen SPD-Mitglieder darüber, wie parlamentarisches und staatliches Handeln im Atomzeitalter legitimiert werden konnte. Sie stritten darüber, ob die etablierten Mechanismen der politischen Entscheidungsfindung neuen Problemwahrnehmungen noch angemessen waren. Häufig diagnostizierten sie mit dem Soziologen Bernd Guggenberger eine „Krise der repräsentativen Demokratie“⁹⁷, die dadurch verursacht wurde, dass der Bundestag den Mehrheitswillen der Bevölkerung übergang oder dass die Bundesregierung verfassungswidrig handelte. Ihre Kritik zielte nicht auf die Grundlagen des Staates und seiner Institutionen, sondern auf seine Funktionsprinzipien. Trotzdem hatte sie weitreichende Folgen. Denn SPD-Mitglieder, die bezweifelten, dass die Nachrüstung mit dem Grundgesetz oder dem Völkerrecht vereinbar sei, diskutierten auch darüber, ob es ein Recht auf Widerstand gebe.⁹⁸ Der Politikwissenschaftler Theodor Ebert stellte 1983 in Tutzing heraus, dass ziviler Ungehorsam in den USA „eine etablierte Methode zur Bearbeitung fundamentaler gesellschaftlicher Konflikte“ sei.⁹⁹ Bundesgeschäftsführer Peter Glotz gab im gleichen Jahr bei Suhrkamp die Ergebnisse eines Symposiums des „Kulturforums der Sozialdemokratie“ heraus, das sich mit dem Widerstandsrecht beschäftigt hatte.¹⁰⁰ Während der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft Günter Schröder die Friedensbewegung auf dieser Veranstaltung davor warnte, sich der Staatsgewalt zu widersetzen,¹⁰¹ legitimierte der Verfassungsrechtler Ralf Dreier den zivilen Ungehorsam.¹⁰² Josef Leinen bezeichnete ihn am gleichen Ort als „eine fortgeschrittene Form der Demonstration“, die viel mit „mehr Demokratie wagen“ gemeinsam habe.¹⁰³ Jürgen Habermas schließlich wertete die Friedensbewegung als „Chance, auch in Deutschland zivilen Ungehorsam als Element einer reifen politischen Kultur begreiflich zu machen“.¹⁰⁴ Regelverletzungen seien „moralisch begründete Experimente, ohne die sich eine vitale Republik weder ihre Innovationsfähigkeit noch den Legitimationsglauben ihrer Bürger erhalten“ könne.¹⁰⁵

⁹⁵ Zit. nach Äußerungen des SPD-Abgeordneten Gernot Fischer in Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 10. Wahlperiode, 29. Sitzung, Bonn 14. 10. 1983, S. 1948; bereits Ehmke: Vaterland, S. 64.

⁹⁶ Biermann an Glotz: Unterlagen zur Souveränitätsfrage, 6. 12. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11188; auch: Vogel gegen Berufung auf Grundgesetz bei Protest, in: *Bonner Rundschau*, 8. 6. 1983.

⁹⁷ Guggenberger: Krise.

⁹⁸ Siehe dazu auch das Expertenhearing der ASJ am 9. 9. 1983, in dem über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Raketenstationierung und Möglichkeiten politischer, rechtlicher und zivilgesellschaftlicher Maßnahmen gegen die Nachrüstung gesprochen werden sollte. Dazu Martin Hirsch an Wischniewski, 28. 7. 1983, AdsD, 1/HWAK000989; Rucht: Widerstand; Wirsching: Abschied, S. 100f.

⁹⁹ Ebert: Ungehorsam, S. 5; siehe auch die Beiträge in Ebert: Ungehorsam; Kriele: Ungehorsam; Kraushaar: Protestkultur, S. 281-284.

¹⁰⁰ Glotz: Ungehorsam.

¹⁰¹ Schröder: Lösung.

¹⁰² Dreier: Widerstandsrecht; siehe auch die Dissertation von Thomas Laker, die von Dreier betreut wurde, Laker: Ungehorsam.

¹⁰³ Leinen: Ungehorsam, S. 24.

¹⁰⁴ Habermas: Ungehorsam, S. 32.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 40f.; ferner Böhme: Ungehorsam.

Sicherlich gab es in der SPD eine Extremposition, die die Ausübung des Widerstandsrechts nach Art. 20 Abs. 4 des Grundgesetzes für vertretbar hielt.¹⁰⁶ Wenn der Leittragsentwurf für den Parteitag der SPD in Bayern 1983 forderte, die Vereinbarkeit der Stationierung mit dem Grundgesetz richterlich prüfen zu lassen, und argwöhnte, dass die Bundesregierung über eine Entscheidung Karlsruhes hinweggehen würde, leitete er daraus das Recht zum Widerstand „nach dem Grundgesetz“ ab.¹⁰⁷ Solche Rufe waren jedoch in der Minderzahl.¹⁰⁸ Denn es stehe, wie Isola betonte, „zumindest theoretisch noch der Weg zum Bundesverfassungsgericht“ offen, und das Grundgesetz legitimierte den Widerstand nur dann, wenn es keine andere Möglichkeit mehr gebe.¹⁰⁹ Auch für Glotz konnte es keine Inanspruchnahme des Widerstandsrechts nach dem Grundgesetz geben. Widerstand sei für die Sozialdemokratie „mit dem Kampf gegen den Staat der Sozialistengesetze, die Nazi-Diktatur oder den Stalinismus verbunden“.¹¹⁰ Die SPD müsse darauf hinweisen, „daß die Auseinandersetzung mit ungerechten Sozialgesetzen oder falschen außenpolitischen Entscheidungen in der Bundesrepublik etwas anderes ist als beispielsweise der Existenzkampf der demokratischen Opposition gegen Hitler“. Jene Sozialdemokraten, die das Widerstandsrecht in den Debatten um die Notstandsgesetze in das Grundgesetz hatten schreiben lassen, begriffen den Streit darum als Herausforderung an ihr historisches Bewusstsein.

Die SPD war eine durch und durch moderate Partei, und politische Ansichten, die aus dem gesellschaftlichen Konsens aussicherten, gab es nur an ihren Rändern. Der sozialdemokratische Friedensaktivist Erhard Eppler identifizierte 1981 ein „Recht zum Widerstand“,¹¹¹ schränkte es aber sogleich ein, denn „Widerstand“ wecke „Assoziationen zur Anwendung von Gewalt“.¹¹² SPD-Gliederungen waren stets darum bemüht, die Unrechtmäßigkeit von Gewalt zu betonen, wenn sie über Widerstand sprachen.¹¹³ So bekannte sich die baden-württembergische SPD zum „zivilen Ungehorsam und gewaltfreien Widerstand“.¹¹⁴ Sie kritisierte scharf „die Doppelzüngigkeit, die einerseits zivilen Ungehorsam und gewaltfreie Aktionen als ausserhalb unserer Verfassung stehend diffamiert, anderer-

¹⁰⁶ Vgl. exemplarisch Grass: SPD muß ihren Leuten Raketen-Widerstand zubilligen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 27. 5. 1983.

¹⁰⁷ [Ungezeichneter Entwurf für einen Leittragsentwurf zum Parteitag der SPD Bayern am 8. 10. 1983], undatiert, S. 4; IfZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 95.

¹⁰⁸ Nicht so aber bei den Grünen: Otto Schily: Recht auf Widerstand? Pressemitteilung 262/83, 5. 8. 1983, AGG, Bestand F.4.2, Pressemitteilung BT-Fraktion, 2; Alfred Schmidt: Das Widerstandsrecht nach Art. 20 Abs. 4 GG. Liegt der Widerstandsfall vor? [1983], AGG, Bestand A – Klaus Timpe, 31.

¹⁰⁹ Isola: Recht auf Widerstand gegen Raketenstationierung? Besser: Rigorose Wahrnehmung von Freiheitsrechten, in: *Sozialdemokratischer Pressedienst*, 13. 7. 1983, S. 6–8; Emmerlich: Widerstand, S. 20. Dazu auch Uwe Stehr an Vogel/Ehmke: Horner Thesen zur Nachrüstung von Horst Isola, 29. 4. 1983, AdSD, Vorlass Voigt, 359; Däubler: Widerstand heute, in: *Vorgänge* 24 (1985), S. 18–22, hier S. 20; Küchenhoff: Ziviler Ungehorsam als aktiver Verfassungsschutz. Sitzblockade und Nötigungsstrafe im „heißen Herbst“; Küchenhoff: Ziviler Ungehorsam als aktiver Verfassungsschutz (Teil II): Sitzblockade und Nötigungsstrafe im „heißen Herbst“, in: *Sozialdemokratischer Pressedienst*, 9. 8. 1983, S. 4–8.

¹¹⁰ Glotz: Widerstand, S. 16.

¹¹¹ Eppler: Widerstand.

¹¹² Ebenda; so auch Däubler: Friedensbewegung, S. 325.

¹¹³ Exemplarisch Widerstand gegen Aufrüstung [Antrag zum Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd am 8. 10. 1983], undatiert, S. 1, AdSD, Vorlass Voigt, H 57; auch Koordinationsausschuß der Friedensbewegung: Pressemitteilung, 28. 6. 1983, AdSD, Bestand IFIAS, 246.

¹¹⁴ Harald B. Schäfer an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion: [Beschluss des außerordentlichen Landesparteitages der SPD Baden-Württemberg vom 10. 9. 1983], 13. 9. 1983, AdSD, 2/BTFJ000254; Orthografie im Original; Engholm: Abrüstungsschritte, S. 31; Isola: Elf Gründe für den Widerstand. Plädoyer für die Einlösung der Verfassungsrechte in der Stationierungsfrage, in: *Vorwärts*, 2. 6. 1983, S. 14f.

seits aber keinerlei verfassungsrechtliche Bedenken äussert, wenn es um die Aufstellung neuer US-Atom-Raketen in der Bundesrepublik geht“. Deshalb definierten Parteimitglieder wie der Jurist Däubler ihren Widerstand als einen „notwendige[n] Teil des demokratischen Prozesses“. ¹¹⁵ Nein zu sagen, so formulierte es der Rechtsprofessor noch 1985, sei „selbstverständlicher Bestandteil jeder Demokratie“. ¹¹⁶ Ob Widerstand legitim sei, blieb in der SPD aber umstritten, und der Parteivorstand warnte vor Aktionen, die das Gewaltmonopol des Staates unterliefen. ¹¹⁷ Für die Nachrüstungsgegner zeigte sich eine reife Demokratie hingegen da, wo Widerstand und Ungehorsam möglich waren. Niemals fochten sie – so sahen sie es selbst – die parlamentarische Demokratie als Prinzip an. Was sie erreichen wollten, waren verstärkte Mitsprachemöglichkeiten. Die Melodie, welche die Kritik an den Mechanismen des repräsentativen Parlamentarismus trug, intonierte die alte sozialdemokratische Forderung nach Partizipation. ¹¹⁸ Auch in solchen Fällen, in denen sie die Raketenstationierung juristisch angriffen, bewerteten sie ihren Protest als Verteidigung des Grundgesetzes. Sie sahen die Nachrüstungskontroverse nicht als „Streit um den Staat“ ¹¹⁹, sondern als Auseinandersetzung um die Formen des Politischen.

2. Das Theorem der „Unregierbarkeit“ in den achtziger Jahren

Die SPD war in den frühen achtziger Jahren in beinahe allen wichtigen politischen Fragen zerstritten. Stets gab es zu dem, was eine Mehrheit für richtig hielt, eine lautstarke Minderheit, die genau jenes nicht wollte. Dass die SPD weit davon entfernt war, geschlossen aufzutreten, war typisch für ihr Erscheinungsbild im Nachrüstungsstreit. Nicht anders verhielt es sich, als junge, weibliche und linke SPD-Mitglieder darüber nachzudenken begannen, ob eine parlamentarische Mehrheitsentscheidung demokratisch legitimiert war, wenn auf den Straßen viele tausende Menschen protestierten. Konservative Sozialdemokraten befürchteten, dass die staatlichen Institutionen nicht mehr effektiv arbeiten oder dass das Land „unregierbar“ werden könnte. Diese Sorgen hatten ihre gedanklichen Wurzeln in den siebziger Jahren, als nicht nur Soziologen schon einmal „Unregierbarkeit“ diagnostiziert hatten.

Richard Löwenthal veröffentlichte 1981 in „Die Neue Gesellschaft“ einen Artikel über „Zukunft und Identität der SPD“. ¹²⁰ Damit löste er einen Sturm der Entrüstung aus. Denn er argumentierte, dass die SPD außerparlamentarische Bewegungen nur integrieren könne, wenn sie ihre Identität aufgebe. Die neuen sozialen Bewegungen propagierten den Rückzug aus der Industriegesellschaft, stellten den Staat infrage und lehnten die Mehr-

¹¹⁵ Däubler: Friedensbewegung, S. 325.

¹¹⁶ Däubler: Widerstand, S. 21.

¹¹⁷ So Hans-Jochen Vogel in Protokoll der Sitzung des Parteirates am 31. Mai 1983, S. 7, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, ohne Signatur; auch Jul: Prinzip der Gewaltfreiheit nicht verletzen. Gewerkschaftsrat und SPD-Präsidium gegen Widerstandsrecht und Generalstreik bei Raketenstationierung, in: *Vorwärts*, 16. 6. 1983, S. 6.

¹¹⁸ Vgl. auch Fritz Klenner: Demokratie kann nicht konsumiert werden. Die Staatsgewalt muß Gewalt nach unten abgeben, in: *Sozialdemokratischer Pressedienst*, 3. 5. 1982, S. 6-8; anregend jüngst auch Nolte: Demokratie, S. 285.

¹¹⁹ Geppert/Hacke: Streit.

¹²⁰ Löwenthal: Identität und Zukunft der SPD, in: *Die Neue Gesellschaft* 28 (1981), S. 1085-1089. Der Artikel war eine Reaktion auf die Rede Brandts zum zehnten Todestag Willi Eichlers, vgl. Rudolph: Einleitung, S. 51f.; Faulenbach: Jahrzehnt, S. 613, 642-644.

heitsgesellschaft ab – in einem Satz: Sie kämpften gegen exakt jene Ziele, die den Kern der Sozialdemokratie ausmachten. Löwenthal betonte, dass es einen fundamentalen Unterschied zwischen der klassischen SPD-Klientel – den Facharbeitern – hier und den „alternative[n] Aussteiger[n]“ dort gebe.¹²¹ Die SPD dürfe keinesfalls das tun, was für „die grüne und alternative Jugend“ typisch sei: sich von den Grundprinzipien der arbeitsteiligen Industriegesellschaft lossagen. Die Vorstellungswelt der „Aussteiger“ sei nicht „partizipatorisch“, sondern baue auf „eine Abkehr vom gesellschaftlichen Ganzen und damit auch von der Demokratie“. Der heftige Konflikt um die Thesen Löwenthals drehte sich nicht nur um das Verhältnis der SPD zu den neuen sozialen Bewegungen und darum, dass sich eine etablierte Partei durch außerparlamentarischen Protest herausgefordert fühlte.¹²² Im Kern war er ein Streit um unterschiedliche Politikvorstellungen *in der SPD*.¹²³

Konservative Sozialdemokraten übten massive Kritik an den Partizipationsforderungen der neuen sozialen Bewegungen und den Teilen der SPD, die mit ihnen sympathisierten. Ihr Problem war es, dass sie im politischen Denken ihrer Parteifreunde kein konstruktives Argument finden konnten. Denn die Parteijugend wolle, wie Löwenthal behauptete, „unsere Gesellschaft nicht verändern, sondern sich aus der arbeitsteiligen Industriegesellschaft zurückziehen“.¹²⁴ Die Sozialdemokratie war im Verständnis Löwenthals aber „ein Produkt der Industriegesellschaft“, das „mit denen, die die moderne Welt für einen weltgeschichtlichen Irrweg halten, keinen Kompromiss schließen“ könne.¹²⁵ Die neuen sozialen Bewegungen und viele SPD-Mitglieder artikulierten eine „reaktionäre Utopie“ und eine „Illusion“. Sie bedrohten den Staat und die Demokratie, schrieb Löwenthal, denn „Dissidenz der Hälfte der heranwachsenden Generation von den Grundlagen unserer Gesellschaft und unseres demokratischen Staates“ laufe im Endeffekt „auf eine Art von Sezession“ heraus.¹²⁶ Damit war das Problem aus Sicht der Befürworter des Doppelbeschlusses präzise beschrieben. In der Tradition von Daniel Bells 1976 erschienenem Buch „The Cultural Contradictions of Capitalism“ schloss Löwenthal von einer antiindustriellen Weltanschauung auf die Abkehr von der modernen Zivilisation.¹²⁷ Wenn jemand das kapitalistische Wirtschaftssystem negierte und postmaterialistische, insbesondere hedonistische Werte proklamierte, dann bedrohte er für Löwenthal den Staat und das Gemeinwesen.

¹²¹ Löwenthal an Brandt, 5. 11. 1981, S. 1, AdsD, WBA, A11.2, 118. Im Anhang übermittelte Löwenthal den Text seines Artikels in *Die Neue Gesellschaft*. Brandt antwortete ihm am 25. 11. 1981: „Deine wesentliche Prämisse, es handle sich bei den Grünen im wesentlichen um Aussteiger, die die Industriegesellschaft insgesamt ablehnen, halte ich für überholt.“

¹²² Selbst Helmut Schmidt kritisierte Löwenthal. Es sei notwendig, die Kluft zwischen Ökologie und Ökonomie zu schließen, denn die SPD brauche sowohl den Handarbeiter wie den Kopfarbeiter. Helmut Schmidt: Sprechzettel für die Fraktionssitzung am 8. 12. 1981 zur Kontroverse um die These von Richard Löwenthal, 7. 12. 1981, AdsD, 1/HsAA010726. Für den Juso-Bundessekretär Rudolf Hartung programmierte das Papier Löwenthals „die Rückentwicklung der SPD“ und die „Spaltung [...] ihrer Wählerbasis“. Rudolf Hartung an die Bezirks- und Landesvorsitzenden der Jungsozialisten, die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Bundesausschusses, 3. 12. 1981, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7607. Die Kontroverse wurde auch in den Vereinigten Staaten aufmerksam verfolgt. Serious Problems within the German Social Democratic Party: Brandt under Fire, undatiert, GUL, Warnke Papers, b 24, f 12.

¹²³ Dies zeigte sich sehr deutlich in Glotz: *Beweglichkeit*, S. 16–81.

¹²⁴ Löwenthal: *Identität*, S. 1086.

¹²⁵ Ebenda, S. 1087.

¹²⁶ Löwenthal: *Dialog – aber mit Gegenkritik. Welchen Standpunkt braucht die SPD, um zu überzeugen?*, in: *Vorwärts*, 10. 12. 1981, S. 15.

¹²⁷ Bell: *Contradictions*, S. XXX.

Insbesondere die Angehörigen des rechten Parteiflügels teilten die Ansichten des Berliner Politikwissenschaftlers. Zehn Professoren unterstrichen in einer Erklärung vom Mai 1983, dass die SPD gegen Versuche ankämpfen müsse, sich von der „arbeitsteiligen Industriegesellschaft loszusagen“.¹²⁸ Auch sei es „falsch und gefährlich zu meinen, daß in einer Demokratie Volksvertretungen und Regierungen nichts gegen den Willen der unmittelbar Betroffenen entscheiden dürften“. Nur die gegenwärtige politische Verfasstheit der Bundesrepublik könne „Interessengegensätze in einer für die Gesamtheit der Betroffenen zumutbaren Weise ausgleichen. Nur gewählte Volksvertretungen haben ein demokratisches Mandat, im Namen der Wähler zu entscheiden.“ Dass die Abkehr von der Industriegesellschaft eng verbunden war mit dem Unbehagen am Repräsentativprinzip, galt den Kritikern als erwiesen. Eine „Dauerkontrolle der Mandatsträger durch das Volk“ sei, wie die Professoren betonten, „in einer arbeitsteiligen Gesellschaft unmöglich“. Die jungen Erwachsenen, die dies forderten, seien „eine mit viel Freizeit ausgestattete und daher privilegierte Minderheit“. Mit ihrem Protest gegen Mehrheitsentscheidungen provozierten sie „das Ende der Demokratie“.

Nun trugen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Frage, wie die Politik und das demokratische Verfahren gestaltet sein sollten, auf zwei Ebenen aus: Sie stritten darüber, was gesagt und wie gehandelt werden durfte. Die Verteidiger traditioneller Politikkonzeptionen wehrten sich gegen Grenzverschiebungen, die nachrüstungskritische Mitglieder austesteten. Der Konflikt brach offen aus, als einige Jusos im Mai 1980 gewalttätig gegen das Bremer Bundeswehrgelöbnis aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der NATO protestierten. Nachdem schon der Demonstrationsaufruf und die Teilnahme des SPD-Unterbezirks Bremen-Ost, der Jusos, der ASF und der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ zu Verwerfungen in der Partei geführt hatten,¹²⁹ schwemmte der Verlauf jenes Tages an die Oberfläche, wie weit die Meinungen in der SPD auseinander gingen.¹³⁰ Der stellvertretende Juso-Vorsitzende Reinhard Schultz distanzierte sich von „Gewalttätigkeiten“, kritisierte das Gelöbnis aber als „Massenvereidigung in Form eines Wilhelmischen Feldgottesdienstes“ und als „Provokation für alle Antimilitaristen“.¹³¹ Wo die Jusos gegen die Bundesregierung und den Bremer Senat auf die Straße zogen, fiel es den Kritisierten leicht, darin einen Angriff auf den Staat zu sehen. Im Erich-Ollenhauer-Haus herrschte helle Aufregung, denn die Partei durfte „nicht identifiziert werden mit Störern der Bundeswehrveranstaltung“.¹³² Brandt formulierte, was für die SPD auf dem Spiel

¹²⁸ Erklärung: Zur Lage und Zukunft der Sozialdemokratie, 27. 5. 1983, AdsD, 1/HJVA102577.

¹²⁹ Vgl. Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Für Frieden und Abrüstung. Gegen die Massenvereidigung im Weserstadion. Aufruf zur friedlichen Gegendemonstration, undatiert, AdsD, 2/PVEK000119; vgl. dazu auch den Rundbrief mit einem Aufruf zur Demonstration am 8. 11. 1980 anlässlich des 25. Jahrestages der Bundeswehr und des öffentlichen Gelöbnisses in Bonn („Gemeinsam für weltweites Abrüsten“), in: Rudolf Hartung: Rundbrief [1980], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7662.

¹³⁰ Vgl. Erklärung der Bundesregierung zu den Vorgängen in Bremen, in: *Bulletin* 7. 5. 1980, Nr. 119; Erklärung des Senats [der Hansestadt Bremen zu den Ausschreitungen bei Vereidigungsveranstaltungen der Bundeswehr in Bremen], undatiert, AdsD, 1/HSAA009176.

¹³¹ Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Presseerklärung, 7. 5. 1980, AdsD, 2/PVEK000098.

¹³² Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 25. 4. 1980, S. 3, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsekretariat, 342; Wolfgang Deuling an Wischniewski: Bremer Krawalle am 6. Mai 1980, 8. 5. 1980, AdsD, 2/PVEK000119. Zu den Abläufen aus Sicht des Bremer Bürgermeisters Hans Koschnick vgl. Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Mai 1980, S. 9f., AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstand-

stand: nämlich ihr Verhältnis zur Staatsgewalt.¹³³ Auch die CDU schlug in diese Kerbe. In einem Flugblatt prangerte sie den sozialdemokratischen „Terror gegen Polizisten und Wehrpflichtige“ an.¹³⁴ Die „Straßenschlachten in Bremen“ hätten gezeigt: „Wo jahrelang an Schulen und Universitäten zum Klassenkampf aufgehetzt, wo der freiheitliche Rechtsstaat von Regierungsseite systematisch denunziert und wo die Polizei daran gehindert wird, ihren Pflichten nachzukommen, herrscht das Chaos.“

Weder war der Konflikt um das Bremer Gelöbnis ein singuläres Ereignis, noch ging es bloß um die Missachtung erprobter innerparteilicher Verhaltensmuster. Stets schwelte eine andere ungeklärte Frage mit: Wie hielt es die SPD, so fragten Angehörige des konservativen Parteienspektrums, mit dem Staat? Wenn sich junge, weibliche und linke SPD-Mitglieder nicht an den Spielregeln orientierten, wenn sie gegen Entscheidungen der SPD-Führung, gegen staatliche Institutionen, gegen die Prinzipien des demokratischen Zusammenlebens auf die Straße gingen – wie ließ sich dann noch das Gemeinwesen zusammenhalten? Die SPD brachte nicht mehr die Kraft auf, eine einheitliche Haltung zu präsentieren. Als US-Außenminister Alexander Haig im Herbst 1981 Berlin besuchte und die Jusos zu friedlichen Demonstrationen aufriefen, die dann aber in Gewaltexzessen ausarteten, stellten diese Ereignisse wiederum den kollektiv akzeptierten Begriff des Politischen infrage.¹³⁵ Brandt insistierte, dass es einen Unterschied mache, ob jemand friedlich demonstrierte oder Gewalt anwendete;¹³⁶ dagegen übten Vertreter des rechten Parteiflügels heftige Kritik daran, dass die Jusos überhaupt auf die Straße gingen.¹³⁷ Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger wertete die Demonstration als „Zeichen von Instinktilosigkeit und Unvermögen zu klarem politischen Urteil“.¹³⁸ Der CDU-Generalsekretär Heiner Geißler beanstandete, dass SPD-Mitglieder „gegen den Vertreter einer der Schutzmächte“ demonstriert hätten, „die die Freiheit West-Berlins garantieren“.¹³⁹ Indem Geißler die Ereignisse explizit mit dem Status Berlins als „Frontstadt“ verknüpfte, gab er dem sozialdemokratischen Protest eine historische und politisch-kulturelle Tiefendimension. Auch dass der Berliner SPD-Landesverband sich nicht dazu hatte durchringen können, den Jusos das Demonstrieren zu untersagen, schlachtete die Opposition

sekretariat, 344; auch Koschnick: Allgemeine Zusammenfassung der Berichte und Darstellungen über die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung der Bundeswehr aus Anlass des 25. Jahrestages des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zur NATO, verbunden mit dem Gelöbnis von Wehrpflichtigen aus allen drei Truppengattungen, am 6. Mai 1980 im Weserstadion von Bremen, 11. 5. 1980, AdsD, 2/PVEK000098.

¹³³ Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Mai 1980, S. 11, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsssekretariat, 344.

¹³⁴ „Kein zweites Bremen“ [Flugblatt der CDU Nordrhein-Westfalen im Landtagswahlkampf, 1980], AdsD, 2/PVEK000098.

¹³⁵ Dazu die Debatten im Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 31. 8. 1981, S. 4, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsssekretariat, 170; und Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 7. 9. 1981, S. 8, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsssekretariat, 171; H. H. [für Horst Heinemann]: Juso-Demo gegen Haig: SPD rät ab, in: *Vorwärts*, 10. 9. 1981, S. 6; siehe auch den offenen Brief von Glotz/Vogel an Haig, 10. 9. 1981, AdsD, 2/PVEH000255.

¹³⁶ Brandt an Eberhard und Rosemarie S., 2. 10. 1981, AdsD, WBA, A11.2, 123.

¹³⁷ So der ehemalige bayerische SPD-Landtagsabgeordnete Karl Weishäupl an Glotz, 21. 9. 1981, AdsD, WBA, A11.2, 126.

¹³⁸ Zit. nach [Vermerk an Annemarie Renger für ein Interview mit *Bild* am 14. 9. 1981, Haig-Besuch in Berlin], undatiert, AdsD, 1/ARAA000028; das Interview ist unter dem Titel „Schwerer Fehler, daß SPD/FDP-Mitglieder mitdemonstriert haben“ am 15. 9. 1981 in *Bild* erschienen.

¹³⁹ Geißler an Brandt, 8. 9. 1981, AdsD, 2/PVEH000377; Geißler an Glotz, 4. 9. 1981, ebenda.

aus.¹⁴⁰ Schmidt appellierte an die Beteiligten, sich bewusst zu halten, dass alle Deutschen „gemeinsam im gleichen Boot einer latent gefährdeten demokratischen Rechtsordnung“ säßen.¹⁴¹ In diesem Text, den die „Bergedorfer Zeitung“ unter dem Titel „Steine gegen andere Meinung sind Steine gegen die Demokratie“ veröffentlichte, holte der Altkanzler zu einer Verteidigung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie aus, die aus seiner Sicht gefährdet war:

„Jedermann muß wissen: verfassungsgemäße Mehrheitsentscheidungen setzen Recht. [...] Gegen verfassungsgemäßes Handeln gibt es kein ‚Widerstandsrecht‘, auch kein Recht auf ‚zivilen Ungehorsam‘, sondern nur die Rechte auf andere Meinung, auf Demonstration und auf das Recht, in freier und geheimer Wahl eine andere Regierung ans Ruder zu bringen. [...] Wer von der Demonstration zur Aktion übergeht, wer absichtlich Gesetze verletzt, der bricht eine Rechtsordnung, deren Schutz er doch für seine eigene Meinungsäußerung verlangt.“¹⁴²

Dass die staatliche Verfasstheit der Bundesrepublik in Not oder das Land unregierbar sei, stand im Mittelpunkt der Sorgen, die sich Vertreter des konservativen Spektrums in und außerhalb der SPD machten. Neu waren solche Befürchtungen nicht. Bereits die siebziger Jahre hatten eine intensive internationale Debatte über das politik- und sozialwissenschaftliche Theorem der „Unregierbarkeit“ gesehen.¹⁴³ Gabriele Metzler hat herausgearbeitet, dass Unregierbarkeit in den siebziger Jahren ein politischer Schlüsselbegriff war.¹⁴⁴ Gewissermaßen war er die Antwort der Konservativen auf die sozial-liberale Planungseuphorie der sechziger Jahre.¹⁴⁵ Von der „Unregierbarkeit“ zu sprechen bedeutete, darauf hinzuweisen, dass der Staat vorgeblich nicht mehr fähig war, effektiv zu handeln: Denn er hatte zu viele Aufgaben an sich gezogen, die er nicht mehr bewältigen konnte; „nicht nur die Probleme seien ihm über den Kopf gewachsen, sondern auch und vor allem die Erwartungen, die an ihn herangetragen würden“.¹⁴⁶ Doch auch die politische Linke sah den Staat in einer Krise.¹⁴⁷ Das Manifest der Unregierbarkeits-Theoretiker legte 1975 die zwei Jahre zuvor gegründete und der Politikberatung verpflichtete Trilaterale Kommission vor: „The Crisis of Democracy“, ein von den Soziologen und Politikwissenschaftlern Michel Crozier, Samuel P. Huntington und Joji Watanuki verfasstes schmales Büchlein.¹⁴⁸ Es beschrieb das „vague and persistent feeling that democracies have become ungovernable“ in Westeuropa, Nordamerika und Japan.¹⁴⁹ Crozier identifizierte zwei Ursachen für diese Entwicklung. Einerseits: „The European political systems are overloaded with participants and demands, and they have increasing difficulty in mastering the very complexity which is the natural result of their economic growth and

¹⁴⁰ Die Konflikte zwischen SPD und Jusos verschärfen sich noch, als Letztere zu Demonstrationen anlässlich des NATO-Gipfels am 10. 6. 1982 in Bonn aufrufen: „Aufstehen für den Frieden/Den Widerstand verstärken/Keine neuen Atomraketen in Europa“, in: Glotz an die Vorsitzenden der Landesverbände und Bezirke, 4. 5. 1982, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 8793.

¹⁴¹ Schmidt: Steine gegen andere Meinung sind Steine gegen die Demokratie, in: *Bergedorfer Zeitung*, 2./3. 7. 1983.

¹⁴² Ebenda.

¹⁴³ Metzler: Konzeptionen, S. 404–411; Metzler: Staatsversagen; auch Metzler: Krisenbewusstsein.

¹⁴⁴ Metzler: Staatsversagen, S. 243.

¹⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 247, 251; Schildt: Gegenreform.

¹⁴⁶ Metzler: Konzeptionen, S. 405.

¹⁴⁷ So bei Offe: Unregierbarkeit; siehe die drei Beiträge in Greven u. a.: Krise; Metzler: Staatsversagen, S. 244–245.

¹⁴⁸ Crozier u. a.: Crisis; vgl. dazu Metzler: Staatsversagen, S. 245f.

¹⁴⁹ Crozier: Europe, S. 11; Crozier: Governability.

political development.“¹⁵⁰ Andererseits: „The bureaucratic cohesiveness they have to sustain in order to maintain their capacity to decide and implement tends to foster irresponsibility and the breakdown of consensus, which increase in turn the difficulty of their task.“ Auch in der Bundesrepublik beschäftigten sich Sozialwissenschaftler, Historiker und Juristen in einer von der Thyssen-Stiftung geförderten Arbeitsgruppe mit der Frage, ob das Land noch gestaltet werden konnte.¹⁵¹

Dass der Staat nicht mehr handlungsfähig sei, weil zu viele Akteure Wünsche an ihn herantrugen und seine Handlungssouveränität in Zweifel zogen, machte den Kern dieser Diagnose aus. Zeitgenossen nahmen „Verflechtung, Komplexität und Kontingenz“ als Symptom einer Krise wahr, die staatliches Handeln lähmte.¹⁵² Ein „excess of democracy“ bedrohe den Fortbestand der Demokratie selbst.¹⁵³ Wo immer mehr Bürger mitentscheiden wollten und den staatlichen Repräsentanten somit Handlungsspielraum nähmen, seien es übersteigerte Partizipationsforderungen, die den Staat unregierbar machten.¹⁵⁴ „Sind“, so fragte Peter Graf Kielmansegg, „die organisierten Partikularinteressen (oder doch einige unter ihnen) mächtiger als der Staat, so mächtig jedenfalls, daß der Staat seiner Bestimmung nicht mehr genügen kann, weil er sich im Konfliktfall nicht mehr gegen sie durchzusetzen vermag?“¹⁵⁵ Kielmansegg befürchtete, dass „staatliche Souveränität sich auch von innen her“ auflöste. So wie die Protestierenden die Autorität der demokratisch gewählten Regierung anzweifeln, hätte der Staat selbst mit Legitimationsproblemen zu kämpfen. Demonstranten würden das Monopol auf die Anwendung von Gewalt bedrohen – sei es durch Aktionen des zivilen Ungehorsams, sei es durch direkte politische Gewalt.¹⁵⁶ Es waren Exponenten einer jüngeren Generation mit veränderten Werteeinstellungen, die staatliche Macht untergruben.¹⁵⁷ Der „Wertewandel“ war für viele Zeitgenossen eine Tatsache, die sich dort zeigte, wo Bürgerinitiativen politische Mitsprache einklagten und damit das staatliche Entscheidungsmonopol herausforderten.¹⁵⁸ Der Bundestag setzte 1981 sogar eine Enquête-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ ein, die den außerparlamentarischen Protest als Ergebnis eines „Wertewandels“ deutete.¹⁵⁹

Die „Krise des Staates“ verschwand aus der Diskussion genauso schnell, wie sie gekommen war. Metzler identifiziert vier Ursachen, warum in den achtziger Jahren kaum jemand noch von „Unregierbarkeit“ sprach.¹⁶⁰ Zunächst war schlicht die Zeit der großen

¹⁵⁰ Crozier: Europe, S. 12.

¹⁵¹ Dazu Hennis: Regierbarkeit; Hennis: Parteienstruktur; dazu Metzler: Staatsversagen, S. 246f.; Metzler: Konzeptionen, S. 405.

¹⁵² Metzler: Konzeptionen, S. 406; Metzler: Staatsversagen, S. 246.

¹⁵³ Huntington: United States, S. 113.

¹⁵⁴ Vgl. Metzler: Konzeptionen, S. 406.

¹⁵⁵ Kielmansegg: Interessen, S. 140.

¹⁵⁶ So auch Metzler: Staatsversagen, S. 246.

¹⁵⁷ Explizit bei Crozier u. a.: Crisis, S. 7; Metzler: Staatsversagen, S. 246.

¹⁵⁸ Vgl. Inglehart: Revolution, S. 3; zur Historizität dieses Ordnungsmodells vgl. Graf/Priemel: Zeitgeschichte, S. 486–488; Ziemann: Quantum, S. 553–554; Ziemann: Sozialgeschichte, S. 134–139; siehe jedoch Dietz/Neumaier: Sozialwissenschaften; ebenso Rödder: Werte, S. 19; Rödder: Moderne, S. 193.

¹⁵⁹ Dazu Vogel an H. Wehner, 23. 3. 1981, AdSD, WBA, A11.3, 48; Protokoll der 4. Sitzung der Arbeitsgruppe „Enquête-Kommission Jugendprotest im demokratischen Staat“ am 8. 12. 1981, undatiert, AdSD, 1/HJVA103194; H. Wehner an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion: Zwischenbericht der Enquête-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ – Zusammenfassung, 6. 5. 1982, AdSD, 1/HSAA010106.

¹⁶⁰ Vgl. Metzler: Staatsversagen, S. 253f.

Planungseuphorie vorüber: Staatliche Akteure begrenzten ihren Handlungsanspruch, indem sie nicht mehr Utopien entwarfen, wie die Gesellschaft aussehen sollte. Zweitens konzentrierten sie sich auf das, was sie als die Kernaufgaben von Staatlichkeit definierten und wo ihr Handlungsspielraum unangefochten blieb: die innere und äußere Sicherheit. Sie beanspruchten nicht länger, gesellschaftlich empfundene Unsicherheiten abzubauen, und ihr Handeln zielte nur mehr auf die Minimierung von Risiken. Drittens verschwand das Reden über Unregierbarkeit in der Bundesrepublik auch deswegen, weil Christdemokraten politisches Handeln stärker normativierten. Bundeskanzler Kohls „geistig-moralische Wende“ war der Versuch, ein bestimmtes politisches Programm mit Argumenten zu begründen, die außerhalb seiner eigentlichen Reichweite lagen. Viertens setzte der Liberalismus zu seinem politischen Siegeszug an und formulierte eine eingängige Antwort auf die Krise des Staates: Weil der Staat überfordert war, musste er Aufgaben abgeben und seine Steuerungsansprüche zurückfahren. Ronald Reagan stand für diese Wende in den USA, Margaret Thatcher in Großbritannien. Doch auch die SPD und mit ihr die politische Linke gab, so ließe sich Metzlers Analyse ergänzen, ihre Antwort auf die Diagnose von der Unregierbarkeit. Der 1975 verabschiedete „Orientierungsrahmen '85“ setzte im Gegensatz zu den liberalen Ordnungsvorstellungen darauf, den staatlichen Dispositionsspielraum wieder zu erweitern, freilich mit der Prämisse, dass staatliches Handeln effektiver und bürokratische Verfahren effizienter werden müssten.¹⁶¹

Es ist richtig: In den achtziger Jahren sprachen nur noch wenige Sozialwissenschaftler, Historiker oder Juristen von „Unregierbarkeit“. Aber das Problem blieb unter anderen Vorzeichen aktuell. Ein Literaturbericht, der auf das Jahr 1983 datiert war, identifizierte „Unregierbarkeit“ als fortbestehendes Problem der bundesdeutschen Gesellschaft. Darin begriff der Politikwissenschaftler Lothar Waas das Phänomen als Folge eines politischen Strukturwandels einerseits, und als Ergebnis eines gesellschaftlichen Wertewandels andererseits.¹⁶² Das Theorem der „Unregierbarkeit“ lebte fort im konservativen Unbehagen gegenüber der Mitspracheforderung der neuen sozialen Bewegungen und vor allem gegenüber dem, was Zeitgenossen als die „Demokratisierung der Sicherheitspolitik“ beschrieben. Wo die Friedensbewegung und mit ihr zahlreiche SPD-Mitglieder sicherheitspolitisches Wissen dezentralisierten und die etablierte Politik herausforderten, empfanden dies ihre Vertreter als Angriff auf den Staat. Fest steht, dass es eine verbreitete Befürchtung gab, das Land werde unregierbar, die freilich nur selten unter dem Rubrum „Unregierbarkeit“ auftauchte. Sie unterschied sich dadurch von der Debatte in den siebziger Jahren. Man kann das Reden über Unregierbarkeit in den achtziger Jahren in zwei thematischen Kreisen verorten: der Kritik an den Protestformen der Friedensbewegung und ihrem Nachdenken über das Widerstandsrecht einerseits sowie der Debatte darüber, ob die parlamentarische Mehrheitsentscheidung angemessen war, wenn es um Leben und Tod ging, andererseits.

Wer in der SPD oder in den Unionsparteien beanstandete, dass Sozialdemokraten gegen die Raketenstationierung demonstrierten, tat dies häufig, indem er ihre Handlungs-

¹⁶¹ Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985, in: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 15. 11. 1975 in Mannheim. Protokoll der Verhandlungen, Anlagen, Bonn [1975], S. 1009–1103, hier S. 1032–1039; zur Einordnung Grebing: Ideengeschichte, S. 492–496; dazu zeitgenössisch Hennis: Sozialismus.

¹⁶² Lothar Waas: Ein Literaturbericht zum Problem der politischen Legitimität und zum Theorem von der sog. Unregierbarkeit, Juli 1983, IfZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 122.

formen delegitimierte.¹⁶³ Selbst die *Freeze Campaign* beargwöhnte, wie ihr westdeutsches Pendant Dissens äußerte. Es gebe in der Friedensbewegung der Bundesrepublik eine weitreichende Übereinstimmung, dass „old forms of protest, like mass rallies and blockades of military installations, do not suffice anymore“.¹⁶⁴ Weil diese Aktionsformen die Stationierung nicht verhindert hatten, richtete sich der Widerstand nun gegen „the normal functioning of the state“. Der Verfasser des Berichts listete 1984 in der Rückschau auf, was die westdeutschen Friedensaktivisten sich überlegt hatten, um ihren Protest zu visualisieren, und es schwang ein besorgter Unterton mit: Aktivisten wollten Konsumgüter boykottieren, sie wollten den öffentlichen Verkehr lahmlegen, sie wollten eine Telefonblockade des Bundestages durchführen und konzertiert Geld bei Banken abheben. Die *Freeze*-Bewegung registrierte irritiert, wie die westdeutsche Friedensbewegung dem Gemeinwesen schaden wollte, in dem sie lebte. Beobachter in der Bundesrepublik mit konservativem und christlichem Hintergrund dachten ähnlich. In einem Diskussionspapier des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, das von dem SPD-Abgeordneten Heinz Rapp miterarbeitet worden war, hieß es 1983 apodiktisch:

„Widerstand richtet sich gegen den Staat, sei es, um ihn zu beseitigen, sei es, um staatliche Maßnahmen unmittelbar zu verhindern. Widerstand ist deshalb notwendigerweise unfriedlich, ganz gleich, ob er dabei gewalttätig wird oder nicht. Auch der ‚zivile Ungehorsam‘ ist Widerstand, wenn er die Beseitigung oder die Veränderung des demokratisch-freiheitlichen Systems oder die Nötigung verfassungsgemäß zustandgekommener Entscheidungsorgane erstrebt.“¹⁶⁵

Es erfülle das ZdK „mit Sorge, daß Anhänger der Friedensbewegung dem Staat mit Ablehnung“ begegneten, schrieb Rapp. Man gewinne „den Eindruck, daß unseren Staat als ein menschenfeindliches Monster an den Pranger zu stellen, ihr eigentlicher Beweggrund ist“.¹⁶⁶ Dass die Nachrüstungskritiker kein Einsehen „in den sittlichen Sinn des Staates“ hätten, verwies auf die historischen Wurzeln von Rapps Staatsverständnis. Es war geprägt von der Überzeugung, dass der Staat eine Idee sei, die ihre Legitimität nicht allein aus der Zustimmung des Staatsvolks bezog. Schon für Georg Wilhelm Friedrich Hegel verkörperte der Staat einen objektiven Willen, der „das an sich in seinem Begriffe Vernünftige ist, ob es von Einzelnen erkannt und von ihrem Belieben gewollt werde oder nicht“.¹⁶⁷ Wo von Unregierbarkeit gesprochen wurde, da war dieser Staatsbegriff nicht fern. Alfred Emmerlich, der Vorsitzende des Arbeitskreises „Rechtswesen“ in der SPD-Fraktion, wandte sich mit just diesem Argument gegen den außerparlamentarischen Protest.¹⁶⁸ Er ging jedoch noch einen Schritt weiter und überlegte, ob es für den „gesellschaftlichen Frie-

¹⁶³ So exemplarisch der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft Günter Schröder: Die Herausforderungen für die Rechtsstaatlichkeit und Liberalität in den 80-er Jahren. Referat anlässlich des SPD-Parteitages Baden-Württemberg am 18. 6. 1983 in Balingen, undatiert, AdsD, 1/HJVA102579.

¹⁶⁴ „From Protest to Resistance“: Hot Autumn ushers in a Cold Winter: Perspectives of the West German peace movement, undatiert, WHMC, sl 454 NNWFC, b 2, f 53; veröffentlicht in *Freeze Newsletter*, Januar 1984.

¹⁶⁵ Widerstandsrecht im demokratischen Staat. Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, S. 1, im Anhang zu Rapp an Ehmke: Widerstandsrecht, 25. 10. 1983, AdsD, 1/HEAA000658.

¹⁶⁶ Ebenda, S. 3; auch Leber/Rapp an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion: [ZdK-Denkschrift: „Das Gemeinwohl und unsere Pflichten gegenüber dem Staat und unseren Mitmenschen“], 16. 4. 1982, AdsD, 1/HWAA001699; Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK): Zur Wahrung der Rechtsordnung in der Demokratie, 15./16. 5. 1981, AdsD, 1/HRAA000087.

¹⁶⁷ Hegel: Grundlinien, S. 203 (§ 258).

¹⁶⁸ Alfred Emmerlich: Rechtliche Probleme im Zusammenhang mit Aktionen gegen die Nachrüstung, undatiert [Juni 1983], S. 4, AdsD, 1/HJVA102579.

den“ nicht schlichtweg notwendig sei, außerparlamentarischen Protest zu unterbinden, wenn er das Gemeinwesen auszuhöhlen drohte. Die „Verhinderung von bürgerkriegsähnlichen Situationen“ durch das „staatliche Gewaltmonopol“ sei in der Tat unerlässlich, schlussfolgerte Emmerlich. Jeder, der ein Widerstandsrecht für sich in Anspruch nehme, der müsse

„sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er sich mit dieser Entscheidung an die Stelle der nach unserer Verfassung hierfür zuständigen Organe setzt und praktisch die verfassungsmäßige Ordnung damit nicht schützt, sondern gefährdet, weil er das Demokratieprinzip für diesen Bereich außer Kraft setzen will“.¹⁶⁹

Die Antwort konservativer Sozialdemokraten auf die Partizipationsforderung der Nachrüstungskritikerinnen und -kritiker lautete, dass Mehrheitsentscheidungen verbindlich bleiben müssten und ein wie auch immer gearteter Widerstand gegen sie nicht zu rechtfertigen war.¹⁷⁰

Vom Nachdenken über den Widerstand war es nicht weit zur Diskussion über die Legitimität parlamentarischer Entscheidungen.¹⁷¹ Und so changierte auch die Furcht vor politischer Unordnung zwischen diesen beiden Feldern. Häufig begründeten Rapp und seine Parteifreunde ihre Kritik an Denken und Handeln der Friedensbewegung historisch. Befragt über das „Parlament der Mehrheit“, gab Bundestagsvizepräsidentin Renger im November 1983 offen zu, dass diese Aktion sie „außerordentlich erschrecken“ würde.¹⁷² Denn sie sei „ein gebranntes Kind aus der Zeit von Weimar“. Sie fürchtete, dass sich die „jungen Menschen“, die den Bundestag belagerten und „nötigende Mahnwachen aufziehen lassen“, „über die schrecklichen Assoziationen [...] überhaupt nicht im klaren sind“. Für sie sei aber offensichtlich, dass „die Geschichte unseres Landes gegen solche Dinge spricht“. Dabei bezog sie sich auch auf ihre Erinnerungen an die Studentenunruhen von „1968“. Neben Renger setzte sich die Berliner Politologin Gesine Schwan sehr kritisch mit dem Verhältnis ihrer Partei zum Staat auseinander.¹⁷³ Sie beklagte, dass die SPD mit ihrem Godesberger Programm zwar in der Bundesrepublik angekommen sei, dem freiheitlichen Staat aber weiterhin mit Skepsis begegne.¹⁷⁴ Für Ernst Uhrlau, den stellvertretenden Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes, stellte die Friedensbewegung „mit ihrem Absolutheitsanspruch das Funktionieren des parlamentarischen Systems in Frage“.¹⁷⁵ Uhrlau sprach hier nicht nur als Vertreter eines staatlichen Organs, sondern auch als SPD-Mitglied. In einem Brief des Bremerhavener Unterbezirks an Willy Brandt war die Rede

¹⁶⁹ Ebenda, S. 19.

¹⁷⁰ Emmerlich: Mehrheitsentscheidungen müssen in der Politik verbindlich bleiben, in: *Frankfurter Rundschau*, 6. 7. 1983; siehe dazu auch Junge Union Deutschlands: Demokratie Ja – Widerstand Nein, Pressemitteilung, 18. 11. 1983.

¹⁷¹ So explizit in Burkhard Reichert: Kommission Grundwerte beim SPD-Parteivorstand. Protokoll der Sitzung am 9. 7. 1981, 10.30 bis 17.00 Uhr in Bonn, undatiert, S. 4f., AdsD, 1/HRAA000036.

¹⁷² BPA-Nachrichtenabteilung: Annemarie Renger zur bevorstehenden Bundestagsdebatte über die Nachrüstung, 12. 11. 1983, AdsD, 1/ARAA000046; auch Frau Renger warnt vor „Weimarer“ Verhältnissen. Klare Absage an organisierten Druck auf das Parlament, in: *Flensburger Tageblatt*, 14. 11. 1983; Annemarie Renger: Ist unser Staat in der Krise? [Redemanuskript], 16. 3. 1979, AdsD, 1/ARAA001422.

¹⁷³ Exemplarisch Schwan an Vogel, 15. 12. 1984, AdsD, 1/HJVA102577.

¹⁷⁴ Schwan: Die ideologische Entwicklung der SPD am Beispiel ihres Verhältnisses zum Staat, undatiert [Dezember 1984], AdsD, 1/HJVA102577.

¹⁷⁵ Uhrlau: Neue soziale Bewegungen im parlamentarischen System der Bundesrepublik, 10. 9. 1982, S. 1, AdsD, WBA, A11.3, 49. Bezeichnenderweise versah Brandt diesen Satz am Rand mit einem großen Fragezeichen.

davon, wie notwendig es sei, „das System der repräsentativen Demokratie zu verteidigen gegen alle Bestrebungen, jede Entscheidung in Sachfragen zum Gegenstand von parteiinternen Diskussionen zu machen“.¹⁷⁶ Die Genossen in der Arbeiterhochburg Bremerhaven waren traditionell konservativ und gewerkschaftlich orientiert; dies präfigurierte auch ihren Blickwinkel auf den Protest. Dass der Nachrüstungstreit eine Belastungsprobe für die Demokratie war, entsprach einer verbreiteten Ansicht unter den Stationierungsbefürwortern in der SPD.¹⁷⁷

Was für Mitglieder des rechten Parteiflügels gesagt werden kann, gilt auch für viele, die die Sozialdemokratie von außen beobachten. US-Botschafter Burns führte den „Anti-Amerikanismus“, von dem bereits die Rede war, auf ein tieferes Problem zurück – die Ablehnung des Parlamentarismus.¹⁷⁸ Die Friedensbewegung sei so „anti-amerikanisch“ eingestellt, wie sie etwas gegen das politische System „des Westens“ habe. Zu vermuten, dass die Proteste den Staat und sein souveränes Handeln gefährdeten, fiel dem „Establishment“ auf beiden Seiten des Atlantiks nicht schwer. Solche Einschätzungen waren eng verwickelt mit der Rede vom „Zerfall des sicherheitspolitischen Konsenses“. Gerade die Christdemokratie in der Bundesrepublik unternahm auf diesem Feld Angriffe auf die SPD und die Friedensbewegung. Wie in US-amerikanischen Diskursen war auch in der innenpolitischen Auseinandersetzung der Bundesrepublik die Furcht allgegenwärtig, das Land könnte unregierbar werden, wenn der Straßenprotest die demokratischen Institutionen lahmlegte.

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU), der ein Meister der politischen Zuspitzung war, brandmarkte die Nachrüstkritik als „Sünde wider den Geist des inneren Friedens und wider die Funktionsfähigkeit unseres Staats- und Gemeinschaftswesens“.¹⁷⁹ Die „Berliner Erklärung“ der CDU/CSU vom Januar 1984 wandte sich in einem weiten historisch-politischen Bogen gegen die Friedensbewegung: „Unzulässig“ sei „die Aufkündigung des demokratischen Verfassungskonsenses“, urteilte sie.¹⁸⁰ Es war wieder der Verweis auf „das Schicksal der ersten deutschen Republik, die durch den Angriff der Gegner des parlamentarischen Systems geschwächt und schließlich zerstört wurde“, mit dem Christdemokraten ihre Position begründeten.¹⁸¹ Auch damals seien es „demagogische Parolen, Nichtbeachtung parlamentarischer Regeln, Nötigung und Verunglimpfung der frei gewählten Abgeordneten“ gewesen, die „die Abwehrkräfte der Republik“ untergruben. Für die CDU/CSU galt es, „den Anfängen zu wehren“. Sie fundierte ihre Sorge vor der Unregierbarkeit nicht nur mit dem Protest gegen die Raketenstationierung. Auch zahlreiche andere Konfliktherde der Bundesrepublik dienten als Beleg für diese These.

¹⁷⁶ SPD-UB Bremerhaven an Willy Brandt, 29. 7. 1982, AdSD, 2/PVEH000266A.

¹⁷⁷ Die Friedrich-Ebert-Stiftung richtete gemeinsam mit der Philosophisch-Politischen Akademie Frankfurt im November 1983 eine Tagung über das „Widerstandsrecht in der Demokratie“ aus. Jürgen Schmude hielt ein Referat über „Moral, Menschenrechte, Widerstandsrecht und die politischen Grundentscheidungen der Gegenwart“. Auszüge in: Schmude: Nachrüstungstreit – Belastungsprobe und Stärke der Demokratie, in: *Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion*, Nr. 1772, 4. 11. 1983; das 44-seitige Redemanuskript befindet sich im Anhang.

¹⁷⁸ Arthur F. Burns: Stunden der Bewährung für die Demokratie in Deutschland und Amerika. Ansprache am 7. 11. 1983 vor der Gesellschaft für Auslandskunde e.V. in München, undatiert, S. 13f., AHS, Korrespondenz.

¹⁷⁹ Franz Josef Strauß, Frieden in Freiheit. Ja zur Sicherheit, in: *Bayernkurier*, 22. 10. 1983.

¹⁸⁰ Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag: Widerstand im demokratischen Rechtsstaat? Die Berliner Erklärung, 31. 1. 1984, AdSD, 1/HJVA102579.

¹⁸¹ Ebenda.

Es waren die Demonstrationen gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie, die Proteste von Bürgerinitiativen gegen Infrastrukturvorhaben, die Hausbesetzungen in westdeutschen Großstädten und anderes mehr, mit dem Vertreter des „Establishments“ die Unregierbarkeitsthese präsentierten. Ein Antrag der CDU/CSU zu den Protesten gegen die Frankfurter Startbahn West vom November 1981 erzählte von einer umfassenden gesellschaftlichen Krise, die nicht nur das staatliche Handeln betraf.¹⁸² Zum einen beschrieb er die Unterwanderung der Bundesrepublik durch Feinde der Verfassung, zum anderen die Auflösung der Rechtsordnung durch gezielte Angriffe auf das Gemeinwesen. Er bezog auch die Friedensbewegung in dieses Szenario mit ein.

Christdemokraten und Vertreter des rechten SPD-Parteilügels sahen eine sehr ähnliche Welt. Ein SPD-Ortsverein schrieb bereits 1980 an den Parteivorstand:

„Die junge Generation zweifelt immer mehr am derzeitigen parlamentarischen System, dem sie die Fähigkeit zur friedlichen Fortentwicklung, zur Erneuerung, zur Reform abspricht. Sie findet keinen Zugang mehr zu den traditionellen Parteien, – auch nicht zur SPD, die ja vor Jahren einmal die Hoffnung der Jugend war. Stattdessen sind etablierte Politiker in ihren Augen allzu oft bloße ‚Mängelverwalter‘, ‚Macher‘ und ‚Polit-Trickser‘, aber auf keinen Fall Sachwalter ihrer Bedürfnisse und Probleme. Die Jugend ist auf Distanz gegangen und auf sie trifft das Wort von der ‚Aussteiger- generation‘ nicht zu; sie steigt erst gar nicht ein.“¹⁸³

Für Sozialdemokraten war der Nachrüstungsstreit ein Generationenkonflikt, in dem junge Menschen das Welt- und Politikbild derjenigen untergruben, die aktuell Verantwortung hatten.¹⁸⁴ Die „Nachfolgegeneration“ oder die „successor generation“ der Unter- vierzigjährigen war es,¹⁸⁵ die nicht die Erfahrungen der Führungsschicht teilte und aus einem Mangel an historischer und politischer Bildung glaubte, dass das Repräsentativsystem nicht mehr funktionierte.¹⁸⁶ Den Protestierenden – und nicht nur ihnen – gehe etwas ab, hieß es: die Erfahrung des Krieges, eine Ahnung vom Leben im Kommunismus, die dankbare Erinnerung an die Aufbaujahre.¹⁸⁷ Wer den Protest als „Jugendphänomen“ begriff, der klassifizierte ihn jedenfalls als etwas Altersspezifisches und Vorübergehendes.¹⁸⁸ SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz schrieb, dass der jungen Generation „jegliche innere Bindung an die Art von Demokratie, die wir mit aufgebaut haben“, fehle.¹⁸⁹ Sie stünde „in aggressiver Distanz zum Staat“.¹⁹⁰ So wie das Gemeinwesen in großen Teilen der jüngeren Bevölkerung skeptisch beurteilt werde, hieß es in einem Vermerk für

¹⁸² Gefährdung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit, Antrag der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag [Entwurf, 24. 11. 1981], AdsD, 2/BTFI000171.

¹⁸³ SPD-Ortsverein Vaterstetten an die Vorstandsmitglieder der SPD, 24. 2. 1980, AdsD, 2/PVEK000124.

¹⁸⁴ Vgl. exemplarisch Bernd Schoppe an Brandt: SPD und junge Generation, 22. 1. 1981, AdsD, 1/BFAA000867; Ehmke: Notizen zu „Jugend, Staat“, Speyer, 15. 1. 1983, AdsD, 1/HEAA000695.

¹⁸⁵ The Atlantic Council of the United States: Policy Papers, The Successor Generation. Its Challenges and Responsibilities, Januar 1981, S. 11, LoC, Nitze Papers, b 56, f 6. Die Ausarbeitung war aus einer 1979 eingesetzten „Working Group on the Successor Generation“ hervorgegangen, vgl. The Atlantic Council of the United States: Minutes Board of Directors Meeting, Washington, D.C., December 4, 1979, undatiert, S. 3, LoC, Nitze Papers, b 51, f 9; vgl. Kreis: Nachfolgegeneration, S. 611f.; Scott-Smith: Community.

¹⁸⁶ Vgl. FRG: The Successor Generation Security Agenda, undatiert, S. 3, RRL, Tyrus Cobb Files, b 91096, f European Defense Issues [1 of 6].

¹⁸⁷ Vgl. Kreis: Nachfolgegeneration.

¹⁸⁸ So beispielsweise: Bundeskanzler Helmut Schmidt zu Friedensdemonstrationen junger Menschen in der Bundesrepublik, 2. 11. 1981, AHS, Eigene Arbeiten.

¹⁸⁹ Glotz: Generation, S. 307.

¹⁹⁰ Ebenda.

Brandt, gerieten auch die Parteien in das Fadenkreuz der Kritik. Diese „Distanz gegenüber Parteien“ äußere sich vornehmlich als „Gleichgültigkeit“.¹⁹¹ Die Jugend sei aber nicht unpolitisch, sondern habe „ein anderes Verständnis von Politik“. Die „große Politik“ sei ihr zu weit entfernt, stattdessen konzentriere sie sich auf das Lebensumfeld und versuche, dort Veränderungen zu bewirken. Die SPD müsse sich darauf einstellen, so resümierte der Verfasser, auf der kommunalen Ebene mit den Jugendlichen in Kontakt zu treten. Zugleich wollte er keine großen Erwartungen gelten lassen: „Auf der Tagesordnung steht nicht die Überzeugung junger Leute von der Richtigkeit sozialdemokratischer Positionen. Es wäre schon viel gewonnen, wenn der Versuch gelingen würde, überhaupt erst einmal wieder eine Kommunikationsebene mit vielen Jugendlichen zu finden.“¹⁹² Gegenwärtig aber habe die SPD den Kontakt zur jungen Generation weitgehend verloren.¹⁹³

Als die Friedensbewegung gegen die Raketenstationierung auf die Straße ging, da rannte sie, wie die Vertreter des „Establishments“ meinten, gegen die Institutionen der Bonner Republik an.¹⁹⁴ Der Staat und seine Akteure waren in der Krise, da ihm von einem nennenswerten Teil der Bevölkerung die demokratische Legitimität abgesprochen wurde. Dass das Land unregierbar werde, weil eine außerparlamentarische Bewegung die erprobten Mechanismen des politischen Räderwerks überprüfte, stand für die meisten Vertreter des konservativen Spektrums auch in der SPD fest. Hatten sie einige Jahre zuvor noch argumentiert, dass der Staat zu viele Aufgaben an sich gezogen und Erwartungen geweckt hatte, die er nicht erfüllen konnte, war die neue Unregierbarkeits-Diagnose ein Weckruf, der verhindern sollte, dass das Widerstandsrecht angewendet und die demokratische Legitimität parlamentarischer Mehrheitsentscheidungen in Abrede gestellt werden konnte. Strukturell waren die Sorgen durchaus ähnlich. Hier wie dort war das Land unregierbar, hier wie dort waren die Kernfunktionen des Staates bedroht – wenn auch aus unterschiedlichen Richtungen. Derjenige, der von Unregierbarkeit redete, wollte ein funktionierendes Staatswesen, das nur so viele Aufgaben erfüllte, wie es auch bewältigen konnte; derjenige, der das Land im Zeichen von Massendemonstrationen für unregierbar hielt, wollte eine politische Ordnung, deren Institutionen unangefochten blieben. In gewisser Weise funktionierte das Unregierbarkeits-Theorem in den siebziger und achtziger Jahren spiegelbildlich. „Nach dem Boom“ wollten Konservative und Liberale das staatliche Handeln auf seine Zentralaufgaben reduzieren. In den achtziger Jahren wehrten sie sich dagegen, dass ihm selbst diese Aufgaben verloren gingen. Mit anderen Worten: Zunächst war es den Unregierbarkeits-Theoretikern darum gegangen, einen Minimalstaat zu errichten; nun sahen sie diesen Minimalstaat in Gefahr. Bald jedoch zeigte sich, dass ihre Befürchtungen nicht eintraten – der Protest schickte sich an, selbst ein Teil des Parlamentarismus zu werden.

¹⁹¹ Bernd Schoppe an Brandt: SPD und junge Generation, 22. 1. 1981, AdsD, 1/BFAA000867.

¹⁹² Ebenda; Hervorhebung im Original (unterstrichen); siehe auch Schoppe an Schmidt: Einstellung und Erwartung der Jugend, 9. 10. 1980, AdsD, 1/EBAA000832.

¹⁹³ In diesem Sinne auch Arbeitsgruppe II: Technologische Entwicklung und gefährdete Umwelt sowie gewandelte Wertvorstellungen in der Jugend und in der Gesellschaft. Berichterstatter: Peter H. Niederelz, undatiert, AdsD, 1/HJVA103194; so auch in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts die SPD-Abgeordnete Gerlinde Hämmerle: Die Rolle von Gruppen Jugendlicher und Gruppen junger Erwachsener in der Diskussion um Gewalt, 1. 9. 1987, S. 1, AdsD, Nachlass Glotz, 181.

¹⁹⁴ Dazu Schmidt: Sprechzettel für die Fraktionssitzung am 17. 3. 1981 zu den Ausschreitungen am Rande von Demonstrationen, undatiert, S. 2, AdsD, 1/HSAA010719.

3. Parlamentarisierung des Protests: Die SPD und die Grünen

Als die Grünen nach der Bundestagswahl 1983 mit 28 Abgeordneten in das Parlament am Rhein einzogen, parlamentarisierte sich der Protest. Er wurde langsam, aber unaufhaltsam ein Teil dessen, was er so vehement ablehnte. Wie anders sah die Szenerie noch aus, als der Bundestag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten war: Denn am 29. März 1983 kamen die grünen Abgeordneten in „Schlabberpullis und mit Topfpflanzen“ in den Plenarsaal; so präsentierten sie ihre Distanz zu den Anzugträgern des Bonner Politikbetriebes.¹⁹⁵ In der Tat hätten die habituellen Unterschiede zwischen den bärtigen und langhaarigen Neuparlamentariern und den arrivierten Abgeordneten kaum größer sein können. Denn die Grünen wollten sich von den etablierten Parteien unterscheiden. Sie folgten einem anderen Politikverständnis und zögerten lange, bis sie aus ihrer Bewegung eine Partei werden ließen. Ihre Wurzeln waren die „Welt der Bürger- und Basisinitiativen“¹⁹⁶, der Protest gegen Umweltzerstörung, große Infrastrukturvorhaben und Atomkraft.¹⁹⁷ Geißelten sie in den siebziger Jahren die zivile Nutzung dieser Technologie, protestierten sie kurz darauf mit häufig identischen Argumenten gegen die Pershing-II-Raketen und die Marschflugkörper.¹⁹⁸ Im Protest gegen die Nachrüstung konsolidierte sich die junge Partei.¹⁹⁹ Die Grünen lehnten die Raketenstationierung ab, indem sie sich mit systemexternen Argumenten von der Gleichgewichts- und Abschreckungstheorie distanzieren.²⁰⁰ Das Gleichgewicht bedinge den Rüstungswettlauf, der unaufhaltsam zu einem atomaren Krieg führe, weshalb es notwendig sei, sofort und einseitig abzurüsten.²⁰¹ Weil die Grünen „gegen jede neue Atomwaffe in Europa“ waren, verlangten sie auch von der Sowjetunion, diese Waffen zu beseitigen.²⁰² So imaginierten sie eine atomwaffen- und gewaltfreie Welt.²⁰³

Dass die Menschen sich entrüsten sollten, war die pointiert formulierte Grundidee der Grünen, in der ihr lebensweltliches und thematisches Selbstbild zusammenfanden.²⁰⁴ Sie übten schrille Kritik an den „Konsensparteien“, den „Wachstumsparteien“ oder der „CDUCSUSPDFDP“.²⁰⁵ Sie distanzieren sich als „Anti-Parteien-Partei“ vom Bonner „Establishment“, weil sie auf beinahe jedem Feld politisch umzudenken beanspruchten.²⁰⁶

¹⁹⁵ Heidemeyer: *Bewegung*, S. 73; vgl. auch Mende: *Anti-Parteien-Partei*, S. 287f.; zur visuellen Selbstdarstellung der Grünen Fahlenbrach: *Die Grünen*, S. 477f.; Oberreuter: *Institution*, S. 662f.

¹⁹⁶ Mende: *Gründungsgrüne*, S. 39.

¹⁹⁷ Grundlegend ebenda, S. 289–321; zusammenfassend Mende: *Anti-Parteien-Partei*, S. 274–283; Wirsching: *Abschied*, S. 117–122; Heidemeyer: *Bewegung*.

¹⁹⁸ Vgl. Mende: *Anti-Parteien-Partei*, S. 277; ausführlich Mende: *Gründungsgrüne*, S. 72–277, prägnant S. 414–419.

¹⁹⁹ Vgl. dazu S. Richter: *Protest*, S. 231, 243–245; Mende: *Gründungsgrüne*, S. 330–352.

²⁰⁰ Bundesvorstand Die Grünen (Hrsg.): *Friedensmanifest*, verabschiedet von der 4. Ordentlichen Bundesversammlung der Grünen vom 2. bis 4. Oktober 1981 in Offenbach, Bonn 1981; auch Lutz Arkenberg: *Standpunkte der „Grünen“ zur Außen- und Sicherheitspolitik*, 6. 10. 1982, AdSD, Nachlass Selbmann, 88.

²⁰¹ Vgl. auch: Der Bundesvorstand der Grünen zur „Nachrüstung“, 2. 3. 1983, AGG, Bestand A – Klaus Timpe, 29.

²⁰² Bundesvorstand Die Grünen: *Friedensmanifest*, S. 10; *Friedensmanifest der Grünen* verabschiedet. Pressemitteilung, 5. 10. 1981, AGG, Bestand A – Klaus Timpe, 8.

²⁰³ So in Bundesprogramm der Grünen, beschlossen auf der Bundesversammlung vom 21. bis 23. März 1980 in Saarbrücken, Bonn 1980, S. 19; Kelly: *Hoffnung*, S. 43–52.

²⁰⁴ Bundesvorstand Die Grünen (Hrsg.): *Entrüestet Euch. Analysen zur atomaren Bedrohung* [1983].

²⁰⁵ Mende: *Parlamentarismuskritik*, S. 35, insb. S. 322–364.

²⁰⁶ Mende: *Anti-Parteien-Partei*; zu Kelly S. Richter: *Petra Kelly*.

Denn sie wollten sich „nicht als Steigbügel für die Fortsetzung einer ökologisch, ökonomisch und friedenspolitisch unmenschlichen Politik hergeben“, wie es 1982 hieß.²⁰⁷ Die etablierte Politik führe durch Aufrüstung, Umweltzerstörung und „Mißachtung der Interessen der Bürger zu einer zunehmenden Gefährdung von Gesundheit und Leben der Menschen“. Sie sei auch verantwortlich für die soziale Verelendung in der Bundesrepublik und den Entwicklungsländern. Die Grünen sahen „in dieser Politik, in Vorgehensweise und Zielsetzung, in Struktur und personeller Vertretung der Bonner Parteien“ hinreichende Gründe, um mit ihr zu brechen. Sie wollten „eine radikale Systemveränderung und nicht eine Systemverbesserung“, wie ihre Frontfrau Petra Kelly sagte.²⁰⁸ In den ersten Jahren pflegten die Grünen eine ausgesprochene Parteienkritik.²⁰⁹ Selbst als sie längst im Bundestag saßen, grenzten sie sich weiter von der SPD ab. Kelly argumentierte im März 1984 vor ihrer Fraktion:

„Wir dürfen also nicht abhängig werden von dem, was die SPD immer noch will, und wir dürfen uns auch nicht bei der SPD anbieten, nur um am Machterwerbsprozeß teilnehmen zu können. Wir müssen uns vielmehr fragen, ob wir nun staatstragend werden wollen, um gemeinsam mit dem etablierten und verbrauchten Krisenmanagement den Krisen hinterherzulaufen, oder ob wir nicht lieber Hoffnungsträger bleiben wollen. Wir haben immer abgelehnt, das sogenannte kleine Übel zu wählen; wir können jetzt nicht dazu übergehen, selbst das kleinere Übel zu werden.“²¹⁰

Anders sein zu wollen, eine der Form und dem Inhalt nach andere Politik zu betreiben – dies war für die Grünen Teil ihres Selbstverständnisses. Doch aus Sicht der Sozialdemokraten war es ebenfalls notwendig, sich von den Grünen abzugrenzen. Denn sie waren zumindest in Teilen „Fleisch vom Fleische“ der SPD.²¹¹ Sie waren „genauso ein Produkt sozialdemokratischer Versäumnisse und Fehler“, wie sie aus dem gleichen Wählerreservoir schöpften.²¹² In den Worten Willy Brandts ging es in den Bürgerinitiativen und bei den Grünen „um eigentlich sozialdemokratische Themen: Umweltschutz, Humanisierung der Arbeitswelt, Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung“.²¹³ Doch mehr als das: Nachdem der gesellschaftliche Reformaufbruch in den siebziger Jahren versandet und die SPD für junge Menschen zusehends unattraktiver geworden war, kristallisierten sich neue soziale Bewegungen heraus, aus denen die Grünen ihr Unterstützerpotential zogen. Selbst Parteimitglieder dachten darüber nach, ob sie nicht bei den Grünen besser aufgehoben wären,²¹⁴ und innerhalb der SPD-Fraktion stießen manche Anträge der Grünen auf Sympathie.²¹⁵ Spätestens nach der Bundestagswahl am 6. März 1983 war augenfällig, dass sich

²⁰⁷ Stellungnahme des Bundesvorstandes der Grünen zur Zusammenarbeit mit den Bonner Parteien, 11. 7. 1982, AdsD, Nachlass Selbmann, 88.

²⁰⁸ Zit. nach Boyer/Heidemeyer: Die Grünen, 2. Bd., S. 773 (Dok. 140).

²⁰⁹ Vgl. Mende: Gründungsgrüne, S. 323–330, 352–362.

²¹⁰ Zit. nach Boyer/Heidemeyer: Die Grünen, 1. Bd., S. 446 (Dok. 70).

²¹¹ So Heiner Geißler im Interview „Grüne – Volkssturm der SPD“, in: *Der Spiegel*, 16. 6. 1986, S. 30f., hier S. 31; zum Verhältnis der SPD zu den Grünen vgl. Faulenbach: Jahrzehnt, S. 608–615, 640–645; Mende: Gründungsgrüne, S. 180–184.

²¹² Martin Winter: Die SPD, das Dilemma der Grünen, in: *Die Neue Gesellschaft* 29 (1982), S. 1196–1199, hier S. 1197; Glotz: Beweglichkeit, S. 17.

²¹³ Zit. nach Protokoll der Sitzung des Parteirates am 27. 6. 1978, S. 5, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 308.

²¹⁴ So der Brief eines 21 Jahre jungen Genossen: Bernd U. an Glotz, 26. 7. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10928.

²¹⁵ So der Antrag der Grünen gegen die Raketenstationierung, über den am 22. 11. 1983 abgestimmt wurde: Protokoll der Fraktionssitzung am Sonntag, dem 20. 11. 1983 in Bonn, 24. 11. 1983, S. 6, AdsD, 2/BTFJ000017.

die Grünen für die SPD zu einem ernstzunehmenden politischen Konkurrenten entwickelt hatten. Während die SPD auf 38,2 Prozent abstürzte, erreichten die Grünen aus dem Stand 5,6 Prozent.²¹⁶ Wähler, die 1980 noch für die SPD votiert hatten, liefen scharenweise zu den Grünen über.

Sollte die SPD mit den Grünen koalieren? Auch an dieser Frage zerstritt sich die SPD.²¹⁷ Das Problem stellte sich umso dringender, als Sozialdemokraten davon ausgehen mussten, auf absehbare Zeit nur in einer Koalition mit den Grünen parlamentarisch mehrheitsfähig werden zu können.²¹⁸ SPD-Mitgliedern, die im Nachrüstungsstreit gemeinsam mit der Friedensbewegung und den Grünen gegen die Raketenstationierung protestiert hatten und das grüne Milieu also kannten, fiel es naturgemäß leichter, einer Koalition das Wort zu reden. Diejenigen aber, die Denken und Handeln der Nachrüstungskritiker ablehnten und in ihnen „alternative Aussteiger“ sahen, hatten Probleme mit einer Zusammenarbeit. In der Frage, ob die SPD Koalitionen mit den Grünen eingehen sollte, bündelten sich die Konfliktlinien, die das Verhältnis der Partei zu den neuen sozialen Bewegungen bestimmten.²¹⁹ Die „Stuttgarter Nachrichten“ veröffentlichten im Juni 1982 zwei Meinungsartikel, in denen der eben gewählte Juso-Bundesvorsitzende Rudolf Hartung und der stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau ihre unterschiedlichen Sichtweisen auf eine Kooperation erläuterten.²²⁰ Hartung argumentierte, dass es zwar eine Reihe von inhaltlichen Differenzen zwischen den Parteien gebe. Beide wollten aber verhindern, dass aus der Bundesrepublik ein „Atomstaat“ werde. Außerdem würden „Grüne und Jungsozialisten [...] in vielen Friedensinitiativen“ gewinnbringend zusammenarbeiten. Wie Hartung forderten auch andere SPD-Mitglieder, ihre Partei möge mit den Grünen kooperieren.²²¹ Sollte die SPD die Themen der Grünen nicht aufnehmen, so lautete ein Argument, dann bestand die Gefahr, „daß die SPD manche Zeichen der Zeit verkennt“.²²² Demgegenüber hielt Rau die Grünen für eine im Kern konservative Partei, deren Hauptanliegen im Bewahren liege. Mehr noch als Hartung befürchtete er „eine Belastungsprobe für unsere parlamentarische Demokratie“, wenn die Grünen weiterhin „Fundamentalopposition“ betreiben würden:

„Die Stabilität einer parlamentarischen Demokratie gründet sich ja nicht zuletzt auf die Bereitschaft der von den Bürgern gewählten Parteien, auch Regierungsverantwortung für das zu übernehmen, was man politisch durchsetzen will. Den Grünen scheint es völlig gleichgültig zu sein, was aus ihrer Beteiligung an Wahlen und ihrem Verhalten in den Parlamenten folgt: Gebracht hat ihre Politik bisher eine politische Klimaveränderung nach rechts und Rückschritte in der Gesellschaftspolitik.“²²³

²¹⁶ Für die SPD bedeutete dies Verluste von 4,7 Prozentpunkten. CDU/CSU erreichten gemeinsam 48,8 Prozent (plus 4,3 Prozentpunkte), die FDP kam auf 7 Prozent. Vgl. Wirsching: Abschied, S. 44–46.

²¹⁷ Vgl. knapp Walter: Biographie, S. 232f.; zur historischen Verortung Lösche/Walter: SPD, S. 119–124.

²¹⁸ Vgl. auch: Konsequenzen für die SPD aus der Analyse der Grünen, 27. 12. 1982, AdSD, 1/BFAA000294; Die politischen Forderungen der Grünen als Ausdruck ihrer Grundwerte (Grundlage: Wahlplattform '82 für Bayern), 29. 11. 1982, AdSD, 1/BFAA000294.

²¹⁹ Siehe exemplarisch die Kontroverse zwischen Claus Offe: Die Logik des kleineren Übels, in: *Die Zeit*, 9. 11. 1979; und Karsten D. Voigt: Entgegnung auf Claus Offe, in: *die tageszeitung*, 15. 11. 1979.

²²⁰ Mit den Grünen koalieren. Pro und Contra, in: *Stuttgarter Nachrichten*, 26. 6. 1982.

²²¹ So z. B. die SPD Münster: Die Grünen. Sozialdemokratie und Grüne Partei. Ein paar kritische Fragen ohne Antworten [1980], AGG, Bestand A – Klaus Timpe, 3.

²²² Konsequenzen für die SPD aus der Analyse der Grünen, 27. 12. 1982; so auch Reinhard Schultz: Jusos müssen Scharnier bleiben zwischen Arbeiterbewegung und Ökologiebewegung, undatiert, AGG, Bestand A – Klaus Timpe, 1.

²²³ Mit den Grünen koalieren. Pro und Contra, in: *Stuttgarter Nachrichten*, 26. 6. 1982.

Die Widerstände gegen eine Zusammenarbeit blieben in der Tat gewaltig. Von Karsten Voigt über Egon Bahr bis zu Georg Leber und Helmut Schmidt lehnten SPD-Spitzenpolitiker eine Kooperation auf Bundesebene ab.²²⁴ Sie brachten zwei Einwände vor: Zum einen sei die junge Partei „unberechenbar“, zum anderen seien ihre Ziele nicht „politikfähig“. Dass Sozialdemokraten eine Koalition mit denjenigen ablehnten, die schon habituell so gänzlich anders auftraten wie sie selbst, die anders dachten und sprachen, ist nicht verwunderlich. Dass sie die grünen Ziele für nicht realisierbar hielten, war dagegen Ausdruck eines in der SPD verbreiteten etatistischen Pragmatismus, der umsetzen wollte, was er für machbar hielt. In einem Strategiepapier von 1980 empfahl Bundesforschungsminister Volker Hauff seiner Partei, nicht darauf zu warten, bis die neue Partei von selbst zerfalle. Denn damit würden „nicht die kritischen Fragen vieler Menschen zur Erhaltung unserer Umwelt, zur Energie- und Rohstoffversorgung, zur humanen Gestaltung der Arbeitsplätze, zur Sicherung des Friedens in der Welt“ verschwinden.²²⁵ Hauff verlangte, dass die SPD eine Antwort auf das finden müsse, was die Grünen an Problemen aufzeigten; gleichwohl stand für ihn fest, dass die neue Partei keine politisch umsetzbaren Lösungen hatte. Er war der Ansicht, dass die soziale Frage bei den Grünen zu kurz käme. Und er meinte, dass ökologische Probleme im wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang gesehen werden müssten.²²⁶ Die Leitbilder der Grünen seien „nicht mit den Leitbildern der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, in Übereinstimmung zu bringen“.²²⁷ Die SPD sei die Interessensvertretung der Arbeitnehmer, die mit denjenigen, welche den Umweltschutz über den Erhalt von Arbeitsplätzen stellten, nicht zusammenarbeiten könne.

Auf diese Weise bestritt die Funktionärsebene der SPD die Auseinandersetzung mit den Grünen. Die soziale Frage galt ihr viel, und sie dem Schutz der Umwelt unterordnen wollte sie nicht. Doch auch was die Friedens- und Sicherheitspolitik anging, prallten für sie gegensätzliche Meinungen aufeinander. Das Spitzenpersonal der SPD kritisierte, dass die Grünen nicht einsähen, wie notwendig rüstungskontrollpolitische Verhandlungen seien. Der SPD-Fraktionsreferent Dieter Dettke fand 1983, dass sie die Gefahren der Nachrüstung überzeichneten, während sie die Chancen der Rüstungskontrollpolitik unterschätzten.²²⁸ Für Karsten Voigt wiederbelebten sie „illusionäre [...] Konzeptionen einer vorwiegend nationalstaatlich orientierten Sicherheits- und Abrüstungspolitik“.²²⁹ Auch dass sie eine strikt gewaltfreie Politik anstrebten, erschwerte für Voigt den Dialog.²³⁰ Kurz: Mit ihnen war kein Staat zu machen.

²²⁴ Voigt: Die GRÜNEN nach Hannover oder Warum es zwischen ihnen und der SPD keine Koalition geben kann. Eine Polemik mit konstruktiver Absicht, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 33 (1986), S. 644–647. Egon Bahr: Streit über Haltung zu den Grünen lohnt nicht. Unfähigkeit der Grünen zur Übernahme politischer Verantwortung, in: *Vorwärts*, 26. 1. 1985, S. 4; für die Äußerungen Lebers siehe Protokoll der Sitzung des Vorstandes am 7. 3. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsssekretariat, 389; Schmidt: Mit Grünen kann es für die SPD keine Koalition geben, in: *Hannoversche Allgemeine*, 16. 3. 1982; „Die Grünen sind nicht politikfähig“. Interview mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel, in: *Münchener Merkur*, 15. 4. 1983.

²²⁵ Hauff: SPD und die Grünen, September 1980, S. 1, AdsD, 1/HWAA001800.

²²⁶ Ebenda, S. 2.

²²⁷ Ebenda, S. 5.

²²⁸ Dettke: Thesen des Bundesvorstandes der Grünen zur „Nachrüstung“ vom 2. 3. 1983, 5. 4. 1983, S. 2, AdsD, Vorlass Voigt, H 48.

²²⁹ Voigt: Friedenspolitik der Grünen – Versuch einer fairen Auseinandersetzung, in: *Die Neue Gesellschaft* 30 (1983), S. 317–326, hier S. 320.

²³⁰ Voigt: Thesen zur sicherheitspolitischen Anhörung der Grünen am 16. 6. 1986 in Bonn, Juni 1986, AdsD, Vorlass Voigt, H 48; Voigt: SPD-Reformen und grüner Fundi-Anspruch, in: *Vorwärts*, 3. 1. 1987, S. 30f.

Die SPD nahm die Konfrontation mit den Grünen zum Anlass, um darüber nachzudenken, wie politisches Handeln und staatliche Institutionen beschaffen sein sollten. Egon Bahr nämlich fand an den neuen sozialen Bewegungen und den Grünen nicht so sehr bemerkenswert, dass sie neue Problem- und Themenfelder erschlossen, sondern dass sie die formalen Entscheidungsgewohnheiten der parlamentarischen Demokratie radikal bezweifelten.²³¹ Der SPD-Abgeordnete Bruno Friedrich warnte davor, „den Bürgerinitiativen Aufgaben zu übertragen oder zuzubilligen, die in unserem Staat eindeutig von den parlamentarischen Organen zu erfüllen sind“.²³² Dagegen unterstrich der schleswig-holsteinische SPD-Oppositionsführer Klaus Matthiesen, dass die neuen sozialen Bewegungen ihre politische Kraft daraus zögen, dass viele Bürgerinnen und Bürger „mit unvernünftigen und ungerechten Entscheidungen in Parlamenten und Parteien“ unzufrieden seien.²³³ Weder wollte die SPD, wie Matthiesen sagte, an den etablierten Mechanismen der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie etwas ändern, noch stand für sie das Gewaltmonopol des Staates infrage. Klaus von Dohnanyi, der 1981 die Möglichkeit hatte, in Hamburg eine rot-grüne Koalition zu bilden, aber keinen Gebrauch von dieser Option machte, betonte in einem Vermerk, dass „Gesetze [...] im Parlament gemacht“ werden und das Parlament der „Anker der Demokratie“ sei.²³⁴ Die Grünen standen für ihn im Verdacht, an diesen Prinzipien rütteln zu wollen.

Weitaus schärfer formulierte 1983 Annemarie Renger das sozialdemokratische Unbehagen am Politikbegriff der Grünen. Für sie standen die Grünen für eine „massenhafte Aufkündigung der Staatsloyalität“.²³⁵ Die neue Partei drängte „in die Parlamente, ohne die besondere Verantwortung einer Mitgliedschaft im Parlament anzuerkennen“.²³⁶ Weil die Grünen sich weigerten, Regierungsverantwortung zu übernehmen, gefährdeten sie für Renger die „Funktionsfähigkeit des Parlamentarismus im demokratischen Staat“. Ihre Parteiprogramme seien „Negativkataloge“ und „überzeugt von der Nutzlosigkeit hergebrachter parlamentarischer Arbeit“, ihre basisdemokratischen Vorstellungen wollten „unsere Demokratie an der Verfassung vorbei“ manipulieren.²³⁷ Während das „als Fortschritt der Demokratie gepriesene imperative Mandat [...] der überwundenen Geschichtsphase des feudalen Ständestaates zugerechnet werden“ könne,²³⁸ seien die parlamentarischen Rituale der Grünen („Blumen auf den eigenen Abgeordneten-Pulten, Kakteen für die Regierungsbank; Verkleidung mit Gasmasken, Mundschutz und weißen Kitteln im Frankfurter Römer“) lediglich „Gags“, mit denen sie „die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit“ gewinnen wollten.²³⁹ Nicht nur schlug Renger eine bildungspolitische Offensive vor, um das

²³¹ Bei den Grünen „artikuliere sich auch die Kritik bestimmter Gruppen in der Bevölkerung an den Entscheidungsabläufen in unserer staatlichen Ordnung“, sagte er bereits 1978 im Präsidium. Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 24. 4. 1978, S. 15, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsssekretariat, 305.

²³² Ebenda, S. 16.

²³³ Ebenda, S. 16.

²³⁴ Klaus von Dohnanyi: Zu Beginn der 10. Legislaturperiode der Hamburger Bürgerschaft. Die Gespräche SPD/GAL aus der Sicht des Bürgermeisters, undatiert, AdsD, Nachlass Selbmann, 88.

²³⁵ „SPD darf Schmidt nicht verdrängen“, in: *Augsburger Allgemeine Zeitung*, 19. 10. 1983.

²³⁶ Renger: [Thesenpapier für ein Pressegespräch zum Thema „Die Grünen“ am 29. 4. 1981], undatiert, AdsD, 1/ARAA000025; abgedruckt in *Frankfurter Rundschau*, 2. 5. 1981.

²³⁷ Renger: [Thesenpapier zum Thema „Die Grünen“ für ein Pressegespräch mit der *Rhein-Pfalz* am 3. 2. 1983], undatiert, AdsD, 1/ARAA000039; dazu „Renger: Verfassung bleibt Richtschnur“, in: *Rhein-Pfalz*, 9. 2. 1983.

²³⁸ Ebenda.

²³⁹ Renger: [Thesenpapier für ein Pressegespräch zum Thema „Die Grünen“ am 29. 4. 1981].

grüne Spektrum an das heranzuführen, was sie als den „Konsens“ der etablierten Parteien verstand.²⁴⁰ Sie kündigte auch an, dass das Parlament „in seiner Arbeit überzeugend nachweisen“ werde, „daß es die einzige legitime demokratische Vertretung der Bevölkerung“ sei. Für einen beträchtlichen Teil der zum konservativen Parteiflügel tendierenden SPD-Funktionäre waren die Grünen also eine Herausforderung. Sie stellten die parlamentarische Routine infrage.

Dass sich der außerparlamentarische Protest erfolgreich in das integrieren ließe, was zeitgenössisch als „Konsens“ definiert wurde, war hingegen die ausdrückliche Erwartungshaltung jener Parteimitglieder, die den neuen sozialen Bewegungen nicht rundheraus ablehnend gegenüberstanden. Die SPD müsse die Friedensbewegung aufnehmen, um das Gemeinwesen zu stärken, hieß es 1982 in einem Sammelband, den Willy Brandt als Miterausgeber verantwortete.²⁴¹ In seiner Rede anlässlich des zehnten Todestages des SPD-Vordenkers Willi Eichler formulierte Brandt 1981, die SPD sei eine „Integrationspartei“, die „zur Bindung unterschiedlicher Menschen und Menschengruppen fähig bleiben“ sollte.²⁴² Die Anliegen und Vorstellungen der „Jugend“ seien nichts, „was den Zielen des demokratischen Sozialismus fremd sein müßte“. Hinter den Integrationsbemühungen Brandts stand nicht zuletzt die Erinnerung an die Aufspaltungen, welche die Arbeiterbewegung während der ersten Jahrhunderthälfte geschwächt hatten. Bei den Sozialdemokraten lag nun „die Hauptverantwortung dafür, dass leidenschaftliches und kraftvolles Engagement in dauerhafte politische Handlungsfähigkeit übergeht, statt in Verbiesterung zu enden“.²⁴³ Hochrangige Vertreter der SPD hofften, dass die Nachrüstungsgegner abweichende Politikvorstellungen aufgeben würden, sobald die Stationierungsfrage von der Tagesordnung verschwunden war. Glotz riet seiner Partei, „die Friedensbewegung als Teil der Linken zu erhalten“ und den Kontakt mit ihr zu suchen – damit die Aktivisten an das politische System der Bundesrepublik rückgebunden blieben.²⁴⁴ Was die Grünen betraf, so erwartete das Spitzenpersonal der SPD, dass sie sich langfristig parlamentarisieren ließen. Glotz schrieb 1983, dass der Bundestag „sich als Forum der Nation“ präsentieren und „die Grünen gerade durch die Auseinandersetzung mit ihrem Widerspruch“ integrieren müsse.²⁴⁵ Für Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen war es wichtig, den Protest – sei es in Form der Friedensbewegung oder der Grünen – an das Gemeinwesen und das politische System der Bundesrepublik heranzuführen.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass der Einzug der Grünen in den Bundestag im März 1983 der Anfang vom Ende der außerparlamentarischen Protestbewegung und der Beginn ihrer „Vollparlamentarisierung“ war.²⁴⁶ Von Anfang an hatte die grüne Bewegung die Diskussion darüber begleitet, ob sie sich in einer Partei zusammenschließen sollte.²⁴⁷

²⁴⁰ Zum historischen Kontext siehe Kreis: Nachfolgegeneration.

²⁴¹ Strübel: Friedensbewegung, S. 64.

²⁴² Brandt: Identität, S. 1066; abgedruckt in Brandt: Berliner Ausgabe, 5. Bd., S. 354–363; Brandt: Erinnerungen, S. 344.

²⁴³ Schmude: Nachrüstungsstreit – Belastungsprobe und Stärke der Demokratie, in: *Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion*, Nr. 1772, 4. 11. 1983.

²⁴⁴ Glotz: Die Linke und die Friedensbewegung, in: *Die Neue Gesellschaft* 31 (1984), S. 12–16, hier S. 13.

²⁴⁵ Glotz: Widerstand, S. 15.

²⁴⁶ Boyer/Heidemeyer: Die Grünen, 2. Bd., S. 773 (Dok. 140).

²⁴⁷ Vgl. Mende: Gründungsgrüne, S. 44–60, 458–461; Mende: Anti-Parteien-Partei, S. 284–287, 314f.; Heidemeyer: Bewegung, S. 76; Peters: Arm; siehe dazu auch aus einer nicht minder aufschlussreichen Perspektive Nehring: Non-Violence.

Einmal im Bundestag angekommen, rückte nun die Frage in den Mittelpunkt, ob es nicht vielleicht doch klug sei, sich auf die Strukturen des Parlaments einzulassen.²⁴⁸ Es dauerte lange und kostete viele Kämpfe, doch war der Prozess der Selbstparlamentarisierung der Grünen kaum aufzuhalten. Darauf deutete schon hin, dass die grüne Fraktion im Bundestag eine beachtliche parlamentarische Aktivität an den Tag legte. Helge Heidemeyer hat ausgerechnet, dass in der Legislaturperiode von 1983 bis 1987 80 Prozent der Kleinen und 50 Prozent der Großen Anfragen auf ihr Konto gingen.²⁴⁹ Damit stärkten sie „die kontrollierenden und diskursiven Elemente des Parlaments signifikant“.²⁵⁰ Die Partei, die sich lange als „Anti-Parteien-Partei“ verstand, machte sich die parlamentarischen Instrumente erfolgreich zu eigen. Schon wenige Monate, nachdem die grünen Abgeordneten ihre Büros im Bundestag bezogen hatten, zeigte diese Entwicklung ihre Folgen: Die Abgeordneten Joschka Fischer und Gert Bastian warnten ihre Fraktion davor, „durch eine ‚Radikalisierung des Widerstandes‘ eine ‚Funktionsstörung des Bundestages‘ zu verursachen“.²⁵¹ Die Grünen würden damit ihren „Resonanzkasten“ beschädigen, und eine „zu militante Formulierung unserer Widerstandsformen ‚droht uns das Wasser abzugraben“.“²⁵²

Als Fischer 1985 zu seiner Vereidigung als hessischer Minister für Umwelt und Energie in Jeans und Turnschuhen antrat, prägte er ein Bild, das retrospektiv dafür steht, wie die neuen sozialen Bewegungen ihren „Marsch durch die Institutionen“ begannen.²⁵³ In der Forschung zur Geschichte der Grünen besteht Einigkeit darüber, dass sich die junge Partei nicht nur den parlamentarischen Gepflogenheiten angepasst, sondern in einem wechselseitigen Prozess auch selbst den Alltag im Bundestag und die Einstellungen der außerparlamentarischen Opposition verändert hat. Silke Mende spricht davon, dass die Grünen „auf den ‚Normalpfad‘ parlamentarischer Demokratie“ einschwenkten,²⁵⁴ während Heidemeyer unterstreicht, dass die Grünen für die bundesdeutsche Gesellschaft „pazifizierend“ und „stabilisierend“ gewirkt hätten, „weil sie Gesellschaftsgruppen an den Staat herangeführt haben, die ursprünglich bewußt abseits standen wie die Träger der neuen sozialen Bewegungen“.²⁵⁵ Klaus Naumann formuliert eine ähnliche These, wenn er von der „Selbstanerkennung“ der neuen sozialen Bewegungen im Protest gegen die Nachrüstung spricht.²⁵⁶ Jens Ivo Engels prägt das Begriffspaar „Normalisierung und Inkorporierung“, das treffend „die institutionelle und verfahrenstechnische Ankunft von Protest in der Mehrheitsgesellschaft“ beschreibt.²⁵⁷ Einen Schritt weiter geht Philipp Gassert, der argumentiert, die „Nuklearkrise“ habe auf die westdeutsche Gesellschaft „eher konsensbildend als konsenssprengend gewirkt“.²⁵⁸ Er bezieht seine These nicht nur auf den Einzug der Grünen in den Bundestag und darauf, dass „Parlamente und Gerichte“

²⁴⁸ Vgl. Mende: Gründungsgrüne, S. 471–475.

²⁴⁹ Heidemeyer: Bewegung, S. 93; Heidemeyer: Die Grünen, S. XI–XXXV, insb. XXXIV.

²⁵⁰ Heidemeyer: Bewegung, S. 93.

²⁵¹ Ebenda, S. 79; Boyer/Heidemeyer: Die Grünen, 1. Bd., S. 340f. (Dok. 53).

²⁵² Boyer/Heidemeyer: Die Grünen, 1. Bd., S. 341 (Dok. 53).

²⁵³ Lessinger/Holtz-Bacha: Turnschuh-Minister, S. 508f.

²⁵⁴ Mende: Anti-Parteien-Partei, S. 314; Mende: Gründungsgrüne, S. 474, 491.

²⁵⁵ Heidemeyer: Bewegung, S. 100.

²⁵⁶ Naumann: Selbstanerkennung, S. 284f.

²⁵⁷ Engels: Inkorporierung, S. 83f.

²⁵⁸ Gassert: Lärm, S. 201; Gassert: Konsens, S. 493–495. Demgegenüber hat Silke Mende herausgearbeitet, dass die grüne Bewegung den „Abschied vom Konsens“ markierte. Mende: Parlamentarismuskritik, S. 29.

die legitimen „Foren des politischen Streits“ geblieben seien, sondern auch auf die Selbstverortung der Bundesrepublik im Westen und in ihrer eigenen Geschichte.²⁵⁹ Es ist richtig, dass sich bei den Grünen langfristig jene Kräfte durchsetzten, welche die Fundamentalopposition ablehnten und die Reform wollten.²⁶⁰ Doch dieser Prozess dauerte lange an, war widersprüchlich und führte selbst während der Regierungszeit der ersten rot-grünen Bundesregierung von 1998 bis 2005 zu erheblichen Konflikten. Die Frage jedoch, ob der Nachrüstungsstreit den „Konsens“ nun geschwächt oder gestärkt hat, möchte dieses Buch nicht beantworten. Denn „der Konsens“ ist ein viel zu fragiles Konstrukt der Zeitgenossen, als dass man seiner geschichtswissenschaftlich habhaft werden könnte.²⁶¹

Die Antwort, welche die SPD auf die Grünen gab, war eine doppelte. Einerseits begegneten ihre Funktionäre der jungen Partei mit Spott, denn die habituellen Unterschiede zwischen den neuen sozialen Bewegungen und der traditionsreichen Sozialdemokratie waren nicht zu übersehen. Andererseits erkannten ihre nachrüstungskritischen Mitglieder aber rasch, dass die Grünen ein inhaltliches Profil entwickelten, welches eine Antwort auf die zeitgenössische Krisenperzeption bot, mit der sich die SPD so schwer tat. Da ehemalige Sympathisanten der SPD scharenweise zu den Grünen überliefen und die junge Partei attraktiver fanden, grenzten sich die sozialdemokratischen Funktionäre von ihr ab. Sie war ein politischer Konkurrent, mit dem vielleicht in der Zukunft einmal eine Koalition möglich werden könnte, aber in der Gegenwart Zusammenarbeit nicht vorstellbar schien. Denn ihr Politikverständnis war nicht das der SPD. Wo sich SPD-Mitglieder mit den Grünen auseinandersetzten, grenzten sie sich von deren Kritik an den Parteien, am Parlamentarismus und den Institutionen der Bonner Republik ab. Zugleich jedoch versuchten sie, die Friedensbewegung als eine gesellschaftliche Protestgruppierung, aus der die Grünen ihre Anhänger bezogen, an die westdeutsche „Mehrheitskultur“²⁶² heranzuführen. Die Grünen normalisierten und inkorporierten sich schließlich selbst, als sie sich im Bundestag zunehmend der Instrumente des Parlamentarismus bedienten.

4. Die Transformation der SPD und ihre Grenzen

Änderte die SPD selbst ihren Politikbegriff, als sie sich außerparlamentarisch herausgefordert sah? In der Tat definierten ihre nachrüstungskritischen Gruppen um das Jahr 1983 herum in drei Hinsichten neu, was Politik war. Erstens griffen sie Partizipationsforderungen auf und integrierten sie in ihre Ideenwelt, zweitens fassten sie ihr etabliertes Machtverständnis neu, drittens versuchten sie, in ihren Vergemeinschaftungsformen wieder attraktiver zu werden. Es war Peter Glotz, der in seinem 1982 erschienenen Buch „Die Beweglichkeit des Tankers“ Wege aufzeigte, wie sich seine Partei reformieren könnte.²⁶³ Sein Lösungsansatz formulierte symptomatisch das Dilemma, in dem sich die SPD zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen befand.

²⁵⁹ Gassert: Konsens, S. 493.

²⁶⁰ Fahlenbrach schreibt, die Grünen seien „Bestandteil des etablierten Parteiensystems“ geworden, müssten aber „in ihrer Zielsetzung, ihrer Programmatik und ihren symbolischen Repräsentationsformen trotzdem den oppositionellen Gestus aufrechterhalten“. Fahlenbrach: Die Grünen, S. 477.

²⁶¹ Ebenfalls kritisch Gatto: Enttäuschung, S. 32.

²⁶² Glotz: Generation, S. 307.

²⁶³ Glotz: Beweglichkeit.

Die Nachrüstungsgegnerinnen und -gegner in der SPD deuteten Protest als etwas Wünschenswertes, bald nachdem die Friedensbewegung mit Massendemonstrationen in Erscheinung getreten war. Für den SPD-Bundestagsabgeordneten Gerhard Schröder galt er bereits 1982 „als normal und als notwendig und positiv im Hinblick auf das Aufzeigen gesellschaftlicher Fehlentwicklungen“.²⁶⁴ Wenn die Protestaktivisten einen „Widerspruch zwischen dem demokratisch gewollten und grundrechtlich gesicherten Demonstrationsrecht und der Wirklichkeit“ empfanden, müsse diesem Prozess entgegengesteuert werden. Schröder forderte, dass die Legalität politischer Diskussions- und Entscheidungsprozesse „nicht statisch verstanden werden“ dürfe, „sondern als Prozeß, der stets neubegründet werden“ müsse. Damit meinte er, dass neue Formen der Mitsprache zu finden seien, die sich im Rahmen der etablierten politischen und parlamentarischen Formen bewegten.²⁶⁵ Die Unterscheidung von Legalität und Legitimität war beliebt, denn zwischen dem, was formal gesetzmäßig, und dem, was rechtmäßig war, ließ sich die Kritik der Friedensbewegung in rechtsphilosophischer Tradition nachvollziehen.²⁶⁶ Sogar Horst Ehmke machte im Februar 1984 ein „wachsendes Spannungsverhältnis [...] zwischen einer *legalen* und einer *realen* Mehrheit“ aus.²⁶⁷ Dass die Nachrüstung in der Bundesrepublik „nur gegen den Willen einer breiten Bevölkerungsmehrheit durchsetzbar war“, würden „nicht nur Umfragen“ zeigen. In diesem Zusammenhang sprach Ehmke auch von einem „Spannungsverhältnis zwischen der repräsentativen und einer plebiszitären Mehrheit“.²⁶⁸ Die Sicherheitspolitik dürfe „kein obrigkeitstaatliches Eigenleben führen“ und „der innenpolitischen Auseinandersetzung nicht entzogen werden“.²⁶⁹

Die nachliegende Antwort, welche Protagonisten des linken SPD-Flügels wie der bayerische Bundestagsabgeordnete Uwe Lambinus auf den Protest zu geben imstande waren, zielte auf das Versprechen von mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für den Einzelnen und auf eine dezentralere und basisnähere Politik.²⁷⁰ Partizipation war das Schlagwort, auf das viele Überlegungen in der SPD zuliefen. Das war folgerichtig, weil mit dem binären Denken auch die starre Frontstellung zwischen Partei und Bewegung aufgeweicht war. „Partizipation an der politischen Willensbildung“ sei „das Lebelement der Demokratie und die Sicherheitspolitik braucht nicht nur eine parlamentarische Mehrheit, sondern auch Zustimmung und Verwurzelung im Volk“, formulierte Ehmke.²⁷¹ Er reihte sich damit ein in die Tradition derjenigen Sozialdemokraten, die für die Demokratisierung der Gesellschaft plädierten, seitdem Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung als Kanzler 1969 versprochen hatte, „mehr Demokratie wagen“ zu wollen.²⁷² Die Partizipationsforderung wurde in jenem Moment wieder aktuell, als sich außerparlamentarischer Protest for-

²⁶⁴ Notiz über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen des Seminars in Bergneustadt am 30. Jan. '82, undatiert, AdsD, 1/HJVA103194.

²⁶⁵ So auch Emmerlich: Geltung und Grenzen des Mehrheitsprinzips – Minderheitenschutz, undatiert, AdsD, Nachlass Glotz, 181.

²⁶⁶ Am prominentesten Schmitt: Legalität und Legitimität.

²⁶⁷ Ehmke: Herausforderung an die Allianz – Sicherheitspolitik in der Demokratie. Referat auf der Internationalen Wehrkundetagung vom 10. bis 12. Februar 1984 in München, undatiert, S. 2, AdsD, 1/HEAA000623. Hervorhebung im Original (unterstrichen).

²⁶⁸ Ebenda, S. 3.

²⁶⁹ Ebenda, S. 2; auch Glotz an Albertz, 28. 12. 1983, AdsD, 1/HAAA000091.

²⁷⁰ Lambinus: Die plebiszitäre Verfassungskomponente und ihre Erscheinungsformen, September 1987, AdsD, Nachlass Glotz, 181.

²⁷¹ Ehmke: Herausforderung an die Allianz, S. 2.

²⁷² Brandt: Berliner Ausgabe, 7. Bd., S. 218–224; überblicksartig Faulenbach: Jahrzehnt, S. 67–74.

mierte. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Jürgen Schmude sagte, dass die Bonner Parteien mehr unternehmen müssten, um die „Kluft [...] zwischen der herrschenden Meinung und großen, engagierten Teilen der Bürgerschaft“ zu schließen.²⁷³ Dies konnte zuvorderst geschehen, indem die Bürgerschaft mehr Mitsprache erhielt. Der SPD-Abgeordnete Alfred Emmerlich verlangte, die Gesellschaft stärker zu demokratisieren und „die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten des Einzelnen zu stärken“.²⁷⁴ Es sei erforderlich, „die Rigidität unseres Systems der repräsentativen Demokratie überall dort, wo das möglich ist und Sinn machen kann, durch Einbeziehung plebiszitärer Elemente“ aufzulockern. Emmerlich schrieb, dass das politische System der Bundesrepublik daran krankte, dass „Parteien, Verbände, Staat und Medien“ die Politik monopolisierten.²⁷⁵ Diesem Prozess müsse entgegengewirkt werden, indem Betroffene ermutigt würden, sich in „Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen“ zu engagieren. Abgeordnete der SPD-Fraktion um Hans-Jochen Vogel schlugen 1983 vor, das Petitionswesen des Bundestages auszubauen, um die Stimmen in der politischen Arena zu pluralisieren, oder Plebiszite im Grundgesetz festzuschreiben, damit „das Spannungsverhältnis von Legalität und Legitimität“ gelöst werden konnte.²⁷⁶

Sozialdemokraten zogen je nach ihrem Standpunkt ganz eigene Lehren aus der Vergangenheit. Dass es Erfahrungen mit Volksbefragungen in der Weimarer Republik gebe, die gegen ihre Einführung in der Bundesrepublik sprächen, rückte Eppler offensiv in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Doch heute bedrohe nicht mehr das Volk die Demokratie, sondern die verkrustete und schwerfällige politische Klasse:

„Könnte es nicht sein, daß unsere Schwäche genau die umgekehrte ist: daß in unseren Parlamenten manches nicht mehr – oder nicht ausreichend – zur Sprache kommt, was einen beträchtlichen Teil demokratischer Bürger umtreibt, etwa die Skepsis gegenüber einem scheinbar autonomen, politisch ungesteuerten technisch-wirtschaftlichen Prozeß, wie er in Atomkraftwerken seinen einprägsamsten, keineswegs seinen einzigen Ausdruck findet? [...] Könnte es nicht sein, daß heute, im Gegensatz zu 1932, die Angst vor Extremisten mehr zur Erstarrung unseres politischen Lebens beiträgt, als Extremisten die Stabilität unserer Republik gefährden könnten? Kurz: Könnte unser Starren auf Weimar und seine besonderen Gefährdungen nicht dazu führen, daß wir blind werden für die Gefahren von heute und morgen?“²⁷⁷

Damit sich Bürgerinnen und Bürger in die politischen Prozesse einbrachten, musste der Staat ihnen, wie Eppler 1981 forderte, mehr Mitwirkungsmöglichkeiten geben. Insbesondere die politischen Verfahren sollten weiter demokratisiert werden.²⁷⁸ Diesem emphatischen Politikverständnis, das an den sozial-liberalen Reformaufbruch von 1969 anzuknüpfen versuchte und sich stets am Scheitern der Weimarer Republik abarbeitete, war es wichtig, politische Beschlüsse auf Grundlage einer möglichst großen Mehrheit zu fällen. Solche Ideen standen in einer Kontinuität dazu, dass die SPD schon immer für die Demokratisierung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft gekämpft hatte. Als Erbin der Arbeiterbewegung war ihr das Kernanliegen der neuen sozialen Bewegungen – die Partizipation – vertraut.²⁷⁹

²⁷³ Schmude: Moral, Menschenrechte, Widerstandsrecht und die politischen Grundentscheidungen der Gegenwart, in: *Die Neue Gesellschaft* 31 (1984), S. 16–23, hier S. 23.

²⁷⁴ Emmerlich: Staat und Gesellschaft, undatiert, S. 2a, AdSD, Nachlass Glotz, 181.

²⁷⁵ Ebenda, S. 9a.

²⁷⁶ Vogel an Schwan/Kaiser/Winkler, 28. 9. 1983, AdSD, 1/HJVA102577.

²⁷⁷ Eppler: Wege, S. 18.

²⁷⁸ Mit „Bürgerinitiativen als Element einer Demokratisierung der Gesellschaft“ befasste sich beispielsweise Scheer: SPD, S. 338; siehe auch Scheer: Parteien, S. 206–219.

²⁷⁹ Siehe dazu Emmerlich: Zur Rolle des Staates, undatiert, S. 3, AdSD, Nachlass Glotz, 181.

Teilweise vermischte sich dieses Denken sogar mit Kritik am Parlamentarismus. Den Deutschen fehle das Vertrauen in den Bundestag, schrieb Eppler 1984, weil sie zweifelten, „daß im Hohen Hause auf einem höheren Niveau, mit mehr Sachverstand und weniger ideologischen Scheuklappen diskutiert werde als anderswo“.²⁸⁰ Strukturell stand die Parlamentarismuskritik, die auch in die SPD Einzug hielt, in einer Linie mit historischen Vorbehalten gegenüber den Institutionen der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Konservative, die Parteien und Parlament ablehnten, sahen die Lösung in elitistischen Politikmodellen. Linke neigten traditionell dazu, ihr Heil in der Massendemokratie zu suchen. In diese Richtung tendierten auch Lösungsvorschläge, die Vertreter des linken SPD-Flügels im Nachrüstungsstreit unterbreiteten. Häufig argumentierten sie für die Durchführung von Volksbefragungen auf breiter Basis. Es sei nicht einzusehen, schrieb Eppler, „warum ein verfassungsrechtliches Instrument, das sich in Gemeinden und Ländern bewährt hat, im Bunde nur Unheil anrichten soll“.²⁸¹ In der Bundesrepublik, wo „die neuen sozialen Bewegungen mehr Menschen aktivieren können, als alle politischen Parteien zusammenkommen“, müsse „die Verweigerung des Plebiszits nur die Vertrauenswürdigkeit der parlamentarischen Demokratie untergraben“.²⁸² Überhaupt war für das politische Denken Epplers die Basis sehr wichtig. Niemand dürfe „auf Erleuchtungen aus Ministerien und Parteizentralen warten“, erklärte er 1981.²⁸³ Notwendig sei „Druck auf Parlamente, Parteien, Regierungen“. Der Kasseler SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Peter ging noch einen Schritt weiter: Was repräsentative Demokratie genannt werde, sei

„in Wahrheit das Gegenteil von Demokratie, ist die Vorherrschaft wirtschaftlich übermächtiger Gruppen: Der Wähler soll durch seine Stimme nicht die für ihn erkennbaren Sachfragen selbst entscheiden, sondern ihm wird zugemutet, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu bestätigen und sich seiner eigenen Mitbestimmung im Staat dadurch zu entäußern, daß er autoritäre Entscheidungen anderer im voraus gutheißt.“²⁸⁴

Die Partizipationsforderung, die sich nur in den nachrüstungskritischen Segmenten der SPD durchsetzte, war auch ein Anliegen der Frauenbewegung. Wenn weibliche Parteimitglieder wie die ASF-Vorsitzende Elfriede Hoffmann die Emanzipation der Frau einklagten, dann schlugen sie vor, Mitbestimmung in allen Gesellschaftsbereichen durchzusetzen.²⁸⁵ Dass Frauen „nicht an den Hebeln der politischen Macht“ saßen, galt als eine Erklärung dafür, warum es immer noch Kriege gab: „Politik wird für uns und mit uns – aber nicht von uns gemacht. [...] Und das ist auch ein Konflikt unserer Zeit, daß die eine Hälfte der Menschheit, die Männer, der anderen Hälfte, den Frauen, ihre Politik aufzwingt und Mitentscheidung und Mitverantwortung nicht zulässt“, wie Anni Jansen, die ASF-Referentin im Erich-Ollenhauer-Haus, 1980 schrieb.²⁸⁶ Es gebe „einen spezifischen Beitrag der Frauen zur Sicherung des Friedens“, der darin bestand, „unbequem zu sein, Fragen zu stellen, Forderungen anzumelden“, mit anderen Worten: teilzuhaben und mitzubestimmen in einer von den Männern dominierten Sphäre. Nicht nur stand in den essentialistischen Nar-

²⁸⁰ Eppler: Friedensbewegung, S. 27.

²⁸¹ Ebenda, S. 28.

²⁸² Ebenda.

²⁸³ Eppler: Wege, S. 224.

²⁸⁴ Horst Peter: Von der Zuschauerdemokratie zur Beteiligungsgesellschaft, undatiert, S. 4, AdsD, Nachlass Glotz, 181.

²⁸⁵ So Elfriede Hoffmann an Schmidt, 20. 10. 1980, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 8752.

²⁸⁶ Anni Jansen: Frauen für den Frieden. Rede zum Internationalen Frauentag der SPD, Bezirk Pfalz, in Eisenberg, undatiert [1980], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 10469.

rativen der ASF weibliche Friedfertigkeit in Kontrast zur männlichen Aggressivität. Auch das Verlangen, Politik dezentraler und basisnäher zu organisieren, zu demokratisieren und zu enthierarchisieren, begriffen die SPD-Frauen als eine spezifisch weibliche Idee.²⁸⁷

Damit einher kam ein gewandeltes Verständnis von Macht.²⁸⁸ Der Juso-Bundesvorstand umschrieb die Prinzipien seines Politikverständnisses in einem Manifest 1979 mit Vokabeln wie „gewaltfrei“ und „friedfertig“ und setzte der „innenpolitischen und ideologischen Militarisierung der Gesellschaft“ einen neuen Machtbegriff entgegen.²⁸⁹ Über die Definition von Macht nachzudenken trieb auch die Frauenbewegung und die ASF um.²⁹⁰ Die in ihr aktiven weiblichen Mitglieder stellten sich eine grundsätzlich andere Welt vor, in der sie nicht mehr benachteiligt wurden, in der sich politische Gemeinschaften nahräumlich organisierten und in der Macht nicht mehr in der Fähigkeit bestand, „innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“.²⁹¹ Sie lösten „Macht“ aus dem Zusammenhang mit „Zwang“ und verstanden sie „weniger als Besitz denn als Beziehung“.²⁹² Doch nicht nur die ASF dachte darüber nach, wie Macht anders definiert werden konnte. Auch Eppler bemerkte in seinem Buch „Wege aus der Gefahr“ von 1981, dass Macht überall liege, „wo Bürger ihre Rechte wahrnehmen“.²⁹³ Macht entstehe, „wo Menschen sich zusammenschließen, um gemeinsam etwas zu erreichen“. Mit diesem emphatischen Machtbegriff kehrte Eppler das in den neuen sozialen Bewegungen verbreitete Gefühl der Hilflosigkeit ins Positive. Ohnmacht war nun etwas Produktives, das die Tür aufstoßen konnte zu neuem Zusammenhalt. Das sich so herausbildende Bewusstsein war für Eppler und die ASF schließlich selbst ein „Machtfaktor“, der „bei den etablierten Mächten“ eine große „Verunsicherung“ auslöse.²⁹⁴ Wo sich viele Menschen in außerparlamentarischen Bewegungen zusammenschlossen, so sagte Eppler, entstünde eine „Gegenmacht zur Beharrungsmacht des Bestehenden“, die schließlich zu einer Macht heranwache, „neue Schneisen zu schlagen“.²⁹⁵ Nichts brachte diesen Machtbegriff klarer zum Ausdruck als das von dem Sozialdemokraten Diether Dehm geschriebene und von der niederländischen Gruppe „bots“ vertonte Lied „Das weiche Wasser bricht den Stein“.²⁹⁶ Die ersten drei Strophen lauteten:

²⁸⁷ Aber auch Brandt: „Es gibt viel Grund zur Unruhe.“ [Rede auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover am 9. 6. 1983], in: *Vorwärts*, 16. 6. 1983, S. I-IV.

²⁸⁸ Vgl. dazu Schregel: Macht; Schregel: Atomkrieg, S. 337–340.

²⁸⁹ Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Für eine aktive Friedenspolitik! Schluß mit dem Rüstungswettlauf! Manifest der Initiative für Frieden und Abrüstung der Jungsozialisten in der SPD [1979], S. 13, AdsD, Vorlass Voigt, 270.

²⁹⁰ Siehe exemplarisch Ingrid Stange: Gewalt in der Gesellschaft. Entwurf zur ASF-Bundesvorstandssitzung, 12. 12. 1980, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 8666; ASF Gießen: Frauen für den Frieden. Gemeinsam für weltweite Abrüstung [Einladung zu einer Veranstaltung mit Marie Veit am 10. 9. 1981 in Gießen], undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 10332; aber auch Gerd Wartenberg: Gewalt in der Gesellschaft, 13. 10. 1987, AdsD, Nachlass Glotz, 181.

²⁹¹ So hatte es Max Weber ausgedrückt. Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Kap. 1, §16.

²⁹² Schregel: Macht, S. 424.

²⁹³ Eppler: Wege, S. 220.

²⁹⁴ Ebenda. „Daß Menschen und Gruppen an der Basis den Schmerz der Machtlosigkeit erdulden müssen, ist nicht neu. Daß von diesem Schmerz auch jene immer weniger verschont bleiben, die sich über die – teilweise schon verrosteten – Schalthebel politischer, administrativer oder wirtschaftlicher Macht beugen, ist das Neue.“ Ebenda, S. 219.

²⁹⁵ Ebenda, S. 221.

²⁹⁶ Eine Aufnahme aus dem Jahr 1982 ist abrufbar unter <<http://www.youtube.com/watch?v=G5Hlqjb26Ug>> [23. 9. 2015].

„Europa hatte zweimal Krieg / der dritte wird der letzte sein. / Gib bloß nicht auf, gib nicht klein bei, / das weiche Wasser bricht den Stein. // Die Bombe, die kein Leben schont, / Maschinen nur und Stahlbeton. / Hat uns zu einem Lied vereint / das weiche Wasser bricht den Stein. // Es reißt die schwersten Mauern ein / und sind wir schwach und sind wir klein, / wir wollen wie das Wasser sein, / das weiche Wasser bricht den Stein.“²⁹⁷

Über Macht zu sprechen bedeutete, an zeitgenössische Debatten in der Frauenfriedensbewegung, in Publizistik und Wissenschaft anzuschließen. Das gewandelte Machtverständnis war wichtig für den bewegungsinternen Diskurs, denn es trug dazu bei, eigenes Denken und Handeln besser verstehen und begründen zu können – für die männlich dominierte SPD-Spitze hatte es freilich kaum Konsequenzen. Das konnte man schon daran ablesen, dass es so gut wie keine Reaktion bei denjenigen heraufbeschwor, die über Unregierbarkeit sprachen. Über die Frage dagegen, ob die parlamentarisch-repräsentative Demokratie mit plebiszitären Elementen ergänzt werden müsse, stritten Sozialdemokraten erbittert.²⁹⁸

Auch der sozialdemokratische Staatsbegriff veränderte sich in der Diskussion um die Nachrüstung kaum.²⁹⁹ Zwar traten Mitglieder der Parteilinken auf den Plan, die unter dem Schlagwort „Atomstaat“³⁰⁰ darüber nachdachten, dass den liberal-demokratischen Gesellschaften des Westens der Rüstungswettlauf strukturell eingeschrieben sei.³⁰¹ Bei ihnen gewann die traditionell positive sozialdemokratische Staatsauffassung eine neue Dimension, die vom Bewusstsein getragen wurde, dass vom Staat auch Gefahren ausgingen.³⁰² Doch die Frage nach dem Staat wühlte die Partei nicht auf, wie es die neuen sozialen Bewegungen mit ihrer Partizipationsforderung taten. Die SPD tritt nicht über die Institutionen des staatlichen Zusammenlebens, sondern über seine Verfahren. Ihre Staatskonzeption blieb in den achtziger Jahren weitgehend konstant, denn ihr Staatsverständnis hatte sich schon in den sechziger Jahren verändert.³⁰³ Damals waren angelsächsische Staatsvorstellungen in die Partei und die westdeutsche Gesellschaft gelangt. Dem Staat war „seine Dignität und seine herausgehobene Stellung“ abhandengekommen.³⁰⁴ Wer von „Staat“ sprach, der redete nicht mehr von Herrschaft, sondern davon, dass er nicht von „Gesellschaft“ zu trennen war.

Als Peter Glotz 1988 – also lange nach dem Nachrüstungsstreit – prägnant zusammenfasste, was seine Partei unter „Staat“ verstand, zeigte sich, dass die SPD ihren Glauben an den Staat in den Debatten um mehr Volksbeteiligung nicht verloren hatte. In seinen Worten gründete der Staat in drei Teilsegmenten: „dem Infrastrukturstaat, dem Sozialstaat, dem Ordnungsstaat“.³⁰⁵ Weder verfolgten die Sozialdemokraten einen „zentralistischen Größenwahn, als könne der Staat die Wirtschaft effektiv steuern“, noch wollten sie den

²⁹⁷ Dehm: Gute Unterhaltung, S. 48.

²⁹⁸ Siehe ergänzend Willfried Penner/Scheer: Mehr plebiszitäre Demokratie?, undatiert, AdsD, Nachlass Glotz, 181; Scheer: Der Volksentscheid muß die Ausnahme bleiben. Direkte Demokratie anstelle repräsentativer Demokratie zerstört die Demokratie, in: *Sozialdemokratischer Pressedienst*, 15. 9. 1983, S. 2–6.

²⁹⁹ Zur Staatskonzeption der SPD die zeitgenössische Analyse Hennis: Sozialismus.

³⁰⁰ Jungk: Atom-Staat; dazu Dannenbaum: Atom-Staat, S. 275, Anm. 14; siehe auch die Beiträge in Mez/Wilke: Atomfilz.

³⁰¹ Exemplarisch Weizsäcker: Wege, S. 109–139; dazu auch Gassert: Lärm, S. 185.

³⁰² Am Ende der achtziger Jahre gewann er eine weitere kritische Dimension, als unter dem Einfluss neuer Informationstechnologien über staatliche Überwachung debattiert wurde, vgl. Günter Graf: Anmerkungen zu der Entwurfsentschließung vom 24. 8. 1987 zum Thema Gewaltmonopol, 24. 10. 1987, S. 1, AdsD, Nachlass Glotz, 181.

³⁰³ Dazu Metzler: Konzeptionen, S. 297–310.

³⁰⁴ Metzler: Staatsversagen, S. 251.

³⁰⁵ Glotz: „Staats“-Diskussion im Deutschen Bundestag, Herbst 1988, undatiert, S. 1, AdsD, Nachlass Glotz, 181.

Rückbau von Staatlichkeit. Für sie behielt der „Sozialstaat“ seinen überragenden Stellenwert, den er für die Arbeiterbewegung traditionell hatte. Es waren die Unionsparteien, die nach Ansicht von Glotz den „Infrastrukturstaat und Sozialstaat demontieren, den Ordnungsstaat aber hypertrophieren“ wollten, während die „Neo-Liberalen“ zur „Unzahl (privater) Obrigkeiten des Mittelalters“ zurückkehrten.³⁰⁶ Während Glotz sich von Union und FDP abgrenzte, widersprach er auch dem Staatsbegriff der Grünen. Die „Abrüstung des Politischen“ sei mit der Sozialdemokratie nicht zu machen. Gegen diese Pole definierte Glotz die Staatskonzeption der SPD: „Staat“ sei „keine der Gesellschaft gegenüberstehende und übergeordnete Wesenheit, sondern ‚government‘ im angelsächsischen Sinn“. Die Gemeinschaft müsse gerade „stark genug bleiben, um sich durchzusetzen – nicht nur gegen Rechtsbrecher, sondern auch gegenüber wirtschaftlichen Mächten“.

Sozialdemokraten sprachen im Nachrüstungsstreit über die Verfasstheit ihres Landes – sie sprachen kaum über ihre Partei. Die Diskussion um die Raketen kreiste um das politische System der Bundesrepublik. Sie kreiste nicht um Aufbau, Statuten und Strukturen der SPD. Paradoxerweise verhandelten jene SPD-Mitglieder, die so eloquent Volksabstimmungen verlangten, nicht über ihre eigene Organisationsform; sie verlangten, dass Plebiszite auf Bundesebene eingeführt werden sollten, aber nicht, dass die SPD-Parteibasis mehr Macht bekommen sollte. Die SPD war eine durch und durch hierarchische Organisationseinheit. Ihr Gliederungsprinzip war den Mitgliedern tief ins Bewusstsein gesunken, und eine andere SPD konnten sie sich kaum vorstellen. Dass neue soziale Bewegungen aufkamen, beschrieben Sozialdemokraten aller Couleur als innerparteilichen Verlust. Denn sie empfanden den Protest als Zeichen, dass die alten sozialen Bewegungen an Integrationskraft verloren hatten. Gemeint war die Arbeiterbewegung, also Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Die Umwelt- und die Friedensbewegung waren für SPD-Mitglieder der Beweis, dass ihr traditionelles Milieu erodierte. Dies hatte unmittelbare Auswirkungen für den sozialdemokratischen Politikbegriff. Henning Voscherau, der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, beklagte 1983 in einem Brief an Glotz, dass sich die politische Arbeit an der SPD-Basis zunehmend aus der Partei in die Friedensbewegung verlagere. Eine solche „Umkehrung des politischen Wirkungszusammenhangs muß aus meiner Sicht Anlaß zu großer Sorge für die Partei sein“.³⁰⁷ Denn wenn sich „das Zentrum der Willensbildung mancher Sozialdemokraten aus der Partei auf eine heterogene (ebenfalls politische) Bewegung“ verlagere, dann bedeute dies „ein Stück Selbstaufgabe der Partei“. In dieser Lesart konnte es nicht hingenommen werden, dass die SPD als Partei gegenüber den neuen sozialen Bewegungen marginalisiert oder dass etablierte Formen des Politischen in der SPD verändert wurden. An ihrem Entscheidungsmonopol wollte sie nicht rütteln lassen.

Während es in der SPD kaum Streit um die Statuten gab, wurde doch auch innerparteilich gefragt, was Politik war. Denn die SPD geriet zur Zielscheibe einer profunden Parteienkritik, auf die sie reagieren musste. Ihr Kanzler hatte den Beschluss, der die Nachrüstungsdebatte einleitete, 1979 auf den Weg gebracht. Deshalb vermischte sich das Unbehagen am Repräsentativprinzip bei vielen Zeitgenossen mit Kritik an der Programmatik, den Entscheidungen und dem Parteileben der SPD.³⁰⁸ Parallel zum Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen griff in der Bundesrepublik Unzufriedenheit mit gesellschaftlichen

³⁰⁶ Ebenda, S. 2.

³⁰⁷ Voscherau an Glotz, 16. 8. 1983, AdSD, 2/PVEH000267, die Antwort vom 31. 8. 1983, ebenda.

³⁰⁸ Siehe dazu Guggenberger: Mehrheitsdemokratie, S. 187; H.-E. Richter: Gotteskomplex, S. 205f.; zur historischen Einordnung Ruck: Tanker, S. 256–264.

Großorganisationen um sich, die Michael Ruck beschrieben hat.³⁰⁹ Nun machte sich für die SPD bemerkbar, dass sie nach vielen Jahren an der Regierung ausgezehrt war. Die Partei Helmut Schmidts galt nicht nur in der Friedensbewegung als verkrustet, zerstritten und unfähig, auf neue Problemlagen zu reagieren. Ihre Strukturen, an denen sich Entscheidungsprozesse zu orientieren hatten, und ihr komplexer Funktionärskörper übten kaum mehr Faszination auf Bürgerinnen und Bürger aus, die sich politisch engagieren wollten. Auch die Art und Weise, wie sie sich organisierte, wie sie Probleme anging, wie sie sich vergemeinschaftete, lud kaum mehr zur Mitarbeit ein.³¹⁰ Die SPD hatte den neuen sozialen Bewegungen, so sahen es diese, nichts mehr anzubieten. In der Tat war die Eintrittswelle längst abgeklungen, die die SPD in den frühen siebziger Jahren rasant verändert hatte. Die Partei galt in nachrüstungskritischen Kreisen als männerbündisch verschlossen und als bieder. Es war aber nicht nur die SPD-Basis, die diesen Missstand empfand und ausdrückte.³¹¹ Selbst Glotz machte 1982 eine tiefe Krise der „Massenorganisationen“ aus.³¹² Eppler, der Vordenker neuer sozialer Bewegungen in der SPD, identifizierte 1981 ein „Auswandern eines großen Teils der jungen Generation aus den Denkkategorien der großen politischen Parteien“.³¹³ Dies war für ihn aber nicht der Fehler der „jungen Generation“. Vielmehr gebe es „in allen großen Parteien schwerfällige Mechanismen“, die nicht mehr zeitgemäß seien.³¹⁴ Die SPD sei „in Routine erstarrt, vertrocknet, sagen wir ruhig: faul“.³¹⁵

Wie sollte die SPD damit umgehen, dass große Teile jenes gesellschaftlichen Spektrums, das doch eigentlich zur Sozialdemokratie tendierte, ihr abzusprechen begannen, noch wählbar zu sein? Wie sollte sie reagieren, wenn neue soziale Bewegungen die „alten sozialen Bewegungen“ ablösten und deren Denkkategorien radikal anzweifeln? Um es kurz zu machen: Sie fand keine Antwort, welche die Mitgliedschaft und die neuen sozialen Bewegungen gleichermaßen überzeugt hätte. Auf der einen Seite standen jene konservativen Sozialdemokraten, die mit Löwenthal und Renger darauf beharrten, dass die Partei sich von den Protestbewegungen abgrenzen müsse. Auf der anderen Seite suchten Mitglieder wie Eppler den Schulterchluss. Dass die SPD zerrissen war, brachte niemand so scharfsichtig zum Ausdruck wie Peter Glotz. In „Die Beweglichkeit des Tankers“ verortete er die Sozialdemokratie „zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen“.³¹⁶ Er warb um „Verständnis und Unterstützung für den etatistischen Krisenbewältigungspragmatismus der regierenden Sozialdemokraten“³¹⁷ und signalisierte gleichwohl Verständnis für

³⁰⁹ Ruck: Tanker, S. 253.

³¹⁰ Hellsichtigkeit erkannt von Schubert: Frieden und Bewegung, in: *Die Neue Gesellschaft* 29 (1982), S. 304–310.

³¹¹ So SPD-Ortsverein Vaterstetten an die Vorstandsmitglieder der SPD, 24. 2. 1980, AdSD, 2/PVEK000124.

³¹² Glotz: Beweglichkeit, S. 7.

³¹³ Eppler: Wege, S. 223.

³¹⁴ Ebenda, S. 224.

³¹⁵ Ebenda, S. 236.

³¹⁶ Glotz: Beweglichkeit; Dazu „Die Beweglichkeit des Tankwarts“. Günther Nenning über Peter Glotz' Analyse der Sozialdemokratie, in: *Der Spiegel*, 10. 5. 1982, S. 218–223; Joachim Bruhn: Von der Liebenswürdigkeit einer Falltür. Anmerkungen zu Peter Glotz, in: *die tageszeitung*, 16. 4. 1982; Nicht minder wichtig Glotz: Staat; Glotz: Jugend und Gesellschaft. Die Herausforderungen der 80er Jahre, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 31 (1980), S. 357–368; Glotz: Sozialdemokraten und Jugendprotest, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39/1981, S. 21–24.

³¹⁷ Ruck: Tanker, S. 262.

die Partizipationswünsche der neuen sozialen Bewegungen.³¹⁸ Der populären Kritik an Großorganisationen hielt Glotz entgegen, dass Parteien „in einer Phase der Segmentierung und Fragmentierung der Gesellschaft eine nicht zu unterschätzende Integrationsfunktion“ hätten.³¹⁹ Gerade der SPD als „Volkspartei“ kam in den Worten Glotz’ die Aufgabe zu, die westdeutsche Gesellschaft zusammenzuhalten.³²⁰ Die SPD sei ein „Tanker“, der „seetüchtig gehalten“ werden müsse. Deshalb sollte sie „viel von dem aufnehmen, was in den neuen sozialen Bewegungen der siebziger Jahre entstanden ist“.³²¹ Sie würde „erstarrten und in sich zusammenfallen, wenn sie sich von den Bedürfnissen und Sehnsüchten der Menschen abriegeln würde“.³²² Freilich schickte Glotz diesem Zugeständnis sogleich einschränkend hinterher, dass jeder, der glaube, dass die Wünsche der neuen sozialen Bewegungen „umstandslos in Politik umgesetzt werden könnten, [...] die Macht des Staates im späten 20. Jahrhundert“ überschätze.³²³

Gleichwohl versuchten nachrüstungskritische SPD-Mitglieder, im Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen eine Chance für die SPD zu sehen. Eppler wollte nicht gelten lassen, dass der Gegensatz zwischen Bürgerinitiativen und Parteien zwangsläufig war.³²⁴ Er meinte, dass mit polaren Frontstellungen die Herausforderungen der Zeit nicht zu lösen waren. Die SPD müsse „sich neuem gewandeltem Bewußtsein öffnen“, wenn sie „leben, nicht in gehorsamer Langeweile verrotten“ wollte, empfahl er.³²⁵ Bürgerinitiativen würden dazu beitragen, „das Geschehen in Parteien und Verbänden interessanter zu machen“.³²⁶ Sie gehörten „genauso zur Demokratie wie Parlamente, Parteien und Verbände“.³²⁷ Auch Voigt sah 1983 in der Friedensbewegung nicht nur „eine Chance für die parlamentarische Demokratie“, sondern auch für das Binnenleben von Parteien wie der SPD.³²⁸ Die Friedensbewegung könne für Außenstehende wieder attraktiver machen, wie Sozialdemokraten miteinander umgingen.³²⁹ Diejenigen in der SPD, die die neuen sozialen Bewegungen nicht gänzlich ablehnten und von der Reformbedürftigkeit der SPD sprachen, sahen den außerparlamentarischen Protest als Chance. Denn die Aktivisten und Aktivistinnen auf der Straße, die sich nicht vor den Karren einer Partei spannen lassen wollten, wiesen auf etwas hin, das auch die Nachrüstungskritikerinnen und -kritiker in der SPD als richtig erkannten: Parteien mussten sich transparent organisieren und durften Entscheidungen nicht in Hinterzimmern treffen. Sie sollten auch dann zum Mitmachen einladen, wenn Bürgerinnen und Bürger nur eine konkrete Sachentscheidung beeinflussen und sich nicht langfristig binden wollten.³³⁰

³¹⁸ Glotz: *Beweglichkeit*, S. 33.

³¹⁹ Ebenda, S. 37.

³²⁰ Ebenda, S. 68.

³²¹ Ebenda, S. 57.

³²² Ebenda.

³²³ Ebenda, S. 49.

³²⁴ Eppler: *Bürgerinitiativen*.

³²⁵ Eppler: *Wege*, S. 236.

³²⁶ Eppler: *Bürgerinitiativen*, S. 216.

³²⁷ Glotz: *Widerstand*, S. 14; Glotz: *Beweglichkeit*, S. 77.

³²⁸ Voigt: *Chance*.

³²⁹ So hieß es in: Der Harrisleer Beschluss zu Frieden und Abrüstung, gefaßt auf dem Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein am 26. und 27. 9. 1981 in Harrislee, undatiert, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7605; hierzu weniger optimistisch Rapp an Friedrich, 23. 10. 1981, AdSD, 1/HWAA001796.

³³⁰ Der SPD-Bundesparteitag in Essen verlangte 1984 eine dringende „Neubelebung der Parteiorganisation, verbunden mit einer Reform der Parteiarbeit“. SPD-Parteitag, Essen 1984, Angenommene Anträge, S. 792.

Doch die Erneuerungsfähigkeit der Großorganisation „Sozialdemokratie“ war beschränkt, und ihre Antwort auf die Protestbewegungen blieb gespalten: Wo sich Parteimitglieder nicht rundheraus von den „Aussteigern“ abgrenzten, formulierten sie ein Sowohl-als-auch, das die neuen sozialen Bewegungen nur in ihrem Eindruck bestärkte, es mit einer veränderungsresistenten Partei zu tun zu haben. Die SPD fand nicht heraus aus ihrem Dilemma zwischen alter Traditionswählerschaft und neuen sozialen Bewegungen. Nachdem sich der „Irseer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm der SPD 1986 dafür ausgesprochen hatte, dass die Partei die Anliegen der neuen sozialen Bewegungen inkorporierte, kam dieser Passus aufgrund interner Differenzen im Beschluss des Nürnberger Bundesparteitag schon nicht mehr vor.³³¹ Im 1989 verabschiedeten „Berliner Programm“ war schließlich zu lesen, dass die SPD „ein Angebot für ein Reformbündnis der alten und neuen sozialen Bewegungen“ sein wollte.³³² Vielleicht zeichnet Michael Ruck die Beharrungskräfte der etablierten Strukturen und Praktiken zu schwarz, doch in ihrem Kern legt seine Analyse das Dilemma der SPD offen:

„Die überkommenen Organisationsstrukturen, Kommunikationsrituale und Willensbildungsprozesse widerstanden erst recht jenen ‚Modernisierungs‘-Bestrebungen, die sich aufgeschlossener an zeitgemäßen Maximen wie Individualisierung und Selbstverwirklichung, Pluralisierung und Partizipation zu orientieren empfahlen. Das galt, allen Einzelinitiativen zum Trotz, weithin auch für das Verständnis der – im Kern noch spürbar milieugeprägten – Sozialdemokratie zu den zivilgesellschaftlichen Kräften jenseits des bisherigen Partei- und Verbandswesens.“³³³

Zwar blieb die „unüberwindbar tiefe kulturelle Kluft zwischen der ‚Staatspartei‘ SPD und dem ‚harten Kern‘ des alternativen Milieus“ bestehen,³³⁴ doch veränderte der Nachrüstungsstreit die deutsche Sozialdemokratie tiefgreifend. Es war bemerkenswert, dass SPD-Mitglieder die Frage aufwarfen, was Politik im Angesicht der atomaren Bedrohung noch sein konnte. Sie fragten nach den Möglichkeiten und Grenzen staatlichen Handelns. Ihre Forderung, bei politischen Entscheidungen mitreden zu wollen, erwies sich als Katalysator, der das Nachdenken über das Politische vorantrieb. Da gab es Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, die weitreichende Partizipationsansprüche stellten, die Volksbefragungen und Plebiszite verlangten oder das Grundgesetz mit anderen basisdemokratischen Regularien ergänzen wollten. Zugleich traten aber SPD-Mitglieder auf den Plan, die die Krise staatlichen Handelns und die Unregierbarkeit des Landes heraufdämmern sahen. Und als sich dann mit den Grünen eine politische Kraft formierte, die ihr Unterstützerpotential aus den neuen sozialen Bewegungen zog und beanspruchte, den traditionellen Rechts-Links-Gegensatz zu überwinden, bei Wahlen aber vor allem auf Kosten der Sozialdemokratie Erfolge feierte – da geriet die Auseinandersetzung mit dem Protest für die SPD vollends zu einem Konflikt über den Inhalt und die Grenzen dessen, was politisch war.

So bündelten sich die entscheidenden Konfliktlinien: Wie konnte sich die SPD vor ihren Anhängern noch legitimieren, wenn ihr Politikansatz von einer Bewegung infrage gestellt wurde, die dezidiert außerparlamentarisch auftrat? Wie konnte sie noch überzeugen, wenn selbst ihre eigenen Mitglieder laut darüber nachdachten, dass ihr Parteileben reformbedürftig war? Und mehr als das: Wie sollte sie noch mit einer Sprache sprechen,

³³¹ Vgl. SPD-Parteivorstand: Irseer Entwurf, S. 28; SPD-Parteitag, Nürnberg 1986, 2. Bd.: Anträge, S. 977.

³³² SPD-Parteivorstand: Berliner Grundsatzprogramm, S. 53.

³³³ Ruck: Tanker, S. 262; Nolte: Demokratie, S. 286.

³³⁴ Ruck: Tanker, S. 263f.

wenn andere Mitglieder in diesen Forderungen das Ende traditioneller Staatlichkeit erkannten? Die Antwort der Sozialdemokratie war ambivalent: Sie integrierte und stieß doch ab. Während die Mitspracheforderung in die Partei gelangte und sich im kollektiven Erwartungshorizont der Sozialdemokraten festsetzte, während auch ein neuer Machtbegriff in der SPD populär wurde, der auf Demokratisierung und Enthierarchisierung setzte, überlebte die traditionelle Definition von Staat und Politik bei jenen Mitgliedern, die den Kurs der SPD bestimmten. So widerständig war die Partei gegenüber Veränderungen. Dass sich die Sozialdemokratie neu erfunden hätte, als sie über die Nachrüstung stritt, wird deshalb kaum jemand behaupten können.